Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

*Berlin, Januar/Februar 2022* *72. Jahrgang, Nr. 831/832*

# Eine Opferrente von 800 Euro würde vieles erleichtern und vereinfachen

*Hugo Diederich: „Wir verzichten auf viele sonstige Anträge und entlasten die Verwaltungen."*

Seit 2007 erhält die Mehrheit der ehemaligen politischen Häftlinge von SBZ und DDR die Besondere Zuwendung, genannt Opferrente, die die Vereinigung der Opfer des Stalinismus durch den Einsatz vieler einzelner Mitglieder und die Beharrlichkeit in der Berichterstattung der Freiheitsglocke endlich erreichte. Von anfangs 250 Euro stieg der monatliche Betrag inzwischen auf 330 Euro. Nun ist jedoch eine Stagnierung eingetreten. Das betrifft vor allem die Gespräche, die sich mit der weiteren Entwicklung der Zuwendung befassen. Der Bundesvorstand der VOS hat sich daher entschieden, dem Deutschen Bundestag eine einmalige Steigerung der monatlichen Zahlungen auf 800 Euro vorzuschlagen. Dies mag auf den ersten Blick vermessen und unrealistisch aussehen, es wäre jedoch mit dem Verzicht auf langfristige Erhöhungen des Monatsbetrages verbunden. Zugleich schlägt der Bundesvorstand vor, Beantragungen von sozialen Ausgleichsleistungen für in der Haft erlittene gesundheitliche Schädigungen nur noch in eindeutigen und schwerwiegenden Fällen zuzulassen. Die Anerkennung der Schäden wurde zwar kürzlich als verbesserungswürdig eingestuft, doch hat die Erfahrung gezeigt, dass angemessene, dem Bedarf zukommende Gutachten einfach nicht auf den Weg zu bringen sind. Deutlich erkennbar ist, dass Gutachter erstens überlastet sind und sie zweitens über kein ausreichendes Wissen im Zusammenhang mit der Entstehung von Haftschäden verfügen. Nachweislich ziehen sich zähe Verfahren über Jahre hin. Hier werden Kosten und Kapazitäten vertan. Zudem wären lange Behandlungstermine erforderlich, um die psychische Schädigung des einzelnen Häftlings zu definieren. Ehemalige politische Häftlinge sind oft nicht in der Lage, infolge der Anspannung in Gutachtergesprächen ihre Leiden darzustellen.

Ein weiteres Argument leitet sich aus der Zwangsarbeit in der Haft ab. Im Strafvollzug der DDR war Arbeiten Pflicht. Die Häftlinge waren unter unerträglichen Bedingungen, mit dürftiger Bezahlung und ohne gesundheitliche Versorgung in Betriebsteilen von Kombinaten oder VEB eingesetzt. Die Unmenschlichkeit ging so weit, dass sogar Blutspenden von DDR- Häftlingen als Konserven gegen Devisen nach Bayern exportiert wurden. Die Betriebe, in denen Zwangsarbeit geleistet wurde, haben sämtlich dem Ministerium des Innern der DDR, dem der Strafvollzug unterstand, Löhne oder Gehälter gezahlt, die sich an den Richtlinien des DDR-Lohnsystems orientiert haben, wobei die Häftlinge durchweg zu tief eingestuft wurden. Dass verschiedene Erzeugnisse gegen Devisen in das NSW exportiert wurden, kam dem Staat DDR zugute, der die Einnahmen für sich verbuchte. Bei den Häftlingen selbst kam das Geld nicht an, man hielt sie wie Sklaven, allein dadurch sind sie heute in der Rentenbewertung benachteiligt. Aufgrund dieser Verfahrensweise ist die Bundesrepublik, in die der Staat DDR eingegangen ist, zur Wiedergutmachung verpflichtet. Dies könnte durch eine deutlich höhere Opferrente abgegolten werden und somit den nicht minder zähen Streit um Entschädigungen für geleistete Haftzwangsarbeit beenden. Um es auf den Punkt zu bringen: Den ehemaligen Häftlingen nützen keine Tafeln und Mitleidsreden. Es geht um Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

Weiterhin: Es ist sicher gutgemeint, dass es Stiftungen und Härtefallfonds gibt. Besser wäre es jedoch, die 90-Tage-Regelung abzuschaffen und auch Fälle von Auslandsverhaftungen oder schwere Verfolgungsfälle ohne Haft zu prüfen und die hier Betroffenen in die Opferrente einzubeziehen.

Zudem sollte man an Betroffene mit Renteneinkommen, die nur gering über dem Durchschnitt liegen, denken. Deren Netto-Gelder werden durch Inflation und sonstige steigende Kosten zunehmend aufgefressen. Für sie gibt es keine Zuschüsse und keine Fonds, zumal die Opferrente erst in einigen Jahren im Bundestag diskutiert werden soll. Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass durch die Sterberate der Opfer die Gesamtsumme der gewährten Zuwendung monatlich abnimmt. Es wäre naheliegend, diesen finanziellen Posten nicht abzubauen, sondern durch die Umverteilung der frei werdenden Mittel den noch lebenden Opfern damit zu helfen. Im Namen des Vorstands und der ehemaligen Häftlinge,

*Alexander Richter-Kariger,*

**Hinweis:** Lesen Sie auf S. 26 das Schreiben an die Opferbeauftragte.

Zunächst einen herzlichen Dank an alle, die mir auf unterschiedlichstem Weg Grüße und Wünsche zum Jahresende gesendet haben. Ich kann nicht alles persönlich beantworten, doch das trübt nicht meine Freude. Wir sind zudem nun weit im neuen Jahr. 2021 ist vergangen, aber nicht vergessen. Die 32. Generalversammlung unseres Verbandes im Oktober vorigen Jahres hat wesentliche Akzente zum Weiterbestehen des Verbandes gesetzt. Das Fortbestehen der VOS ist somit, wenn auch auf unbestimmte Zeit gesichert. Mit dieser positiven Information sind wir in das Jahr 2022 gestartet. Wie man im Innenteil dieser Ausgabe nachlesen kann, sind wir auch finanziell gut aufgestellt und bekommen in einzelnen Bundesländern Zuschüsse und Förderungen, wofür wir uns bei den jeweiligen Personen und Institutionen bedanken. Ebenso ist der Ausbau von Gedenkstätten zugesagt oder bereits abgeschlossen. Auch mit den Zeitzeugenprojekten, die teils auf Basis der Bundesländer realisiert werden, sind wir abgesichert.

Das Jahr 2022 weist keinen großformatigen Jahrestag – Mauerbau, Mauerfall – auf. Wenn doch, lasse ich mich gern eines Besseren belehren. Erst im nächsten Jahr steht uns mit der 70-jährigen Erinnerung an den Volksaufstand vom Juni 1953 ein bedeutendes Ereignis bevor. Mittlerweile leben immer weniger direkt Beteiligte aus jener Zeit. Unsere namhaften Zeitzeugen wie Joachim Kögel oder Joachim Fiedler, die als Streikführer auftraten und verurteilt wurden, sind inzwischen verstorben; sie haben sich bemerkenswert aktiv in der Aufarbeitung betätigt. Kamerad Fiedler, der noch im Alter von 100 Jahren über die Geschehnisse von damals berichten konnte, war ebenso Vorbild wie Kamerad Kögel, der mit 92 Jahren noch Geschichte studiert hat und den ein japanisches Fernsehteam als Zeitzeuge interviewte, gehören zu denen, die unseren Verband vorbildlich vertreten haben. Wer etwas länger in der VOS ist, der wird sich an das Großereignis vor 20 Jahren erinnern, als es uns gelang, zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes eine Sonderbriefmarke auf den Weg zu bringen. Die Marke bekam einen Zusatzwert, der den Opfern zugutekam, so dass auch einige Verbandsmitglieder einen kleineren Betrag erhielten.

# Auf ein Wort des Redakteurs

Ein Ereignis in derartiger Dimension ist in diesem Jahrhundert nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Die Durchsetzung war allerdings entsprechend kompliziert. Allein die komplizierte Antragstellung und der Widerstand vor allem aus linken Kreisen machten uns zu schaffen. Wie hatten damals eingeschworene Philatelisten in unseren Reihen, die das fachlich absicherten, und der Einfluss auf die politische Szene war wesentlich größer. Dass diese Sondermarke nicht auch eine Sonderbarkeit wurde, zeigte sich an der Nachfrage. Sie war innerhalb einiger Tage ausverkauft, und da keine Nachauflage gedruckt wurde, ist ihr heutiger Wert sicher nicht gering.

Ich weiß nicht, ob ich allein mit der Idee stehe, für das nächste Jahr auf eine Neuauflage der Sondermarke von 2003 hinzuarbeiten oder den Versuch einer neuen Variante zu unternehmen. Ich selbst bin dazu nicht in der Lage. Mir wachsen seit langem etliche Aufgaben über den Kopf. Ich kann mich freilich an den Verfahrensweg erinnern – falls eine Kameradin oder ein Kamerad aktiv werden will bzw. würde ich in diesem Fall auf die Kompetenz der Opferbeauftragten setzen.

Ein anderer Gedanke, den ich bereits auf Seite eins dieser Ausgabe geäußert habe, ist die Gewährung einer höheren Opferrente. Wir hatten vor einigen Jahren bereits die Initiative von Harald Hemmerling, der diesen Gedanken hatte. Ich habe ihn nun aufgegriffen, da er – um es mal poetisch zu formulieren – weiterhin in vielen Herzen glimmt. Der Sprung auf 800 Euro monatlich könnte sich mit dem Verzicht auf den Ausgleich für gesundheitliche Schädigungen verbinden, die bekanntlich schwer durchzusetzen sind und die bei den Antragstellern erneute Ängste und schlimme Erinnerungen hervorrufen. Ich habe für diesen Vorschlag die Form des Offenen Briefes und die Titelseite dieser Ausgabe sowie die Seite 26 gewählt. Es ist – wie erwähnt – ein Gedanke bzw. ein Vorschlag. Man muss jetzt nicht glauben, dass wir prompt Gehör finden. Aber es ist ein erster Schritt, und mit Frau Zupke haben wir eine direkte Ansprechpartnerin.

Andererseits möchte ich ausdrücklich vor jeder Form der Unsachlichkeit warnen. So verbittert die eine oder der andere sein mag, hat niemand das Recht, Politikerinnen und Politiker sowie Beschäftige und leitendes Personal in Behörden zu verunglimpfen. Ich habe auf Seite eins der Ausgabe die wesentlichen Argumente aufgeführt, man kann ihnen weitere hinzufügen, sie durch die Schilderung des persönlichen Schicksals untermauern oder weitere Begründungen finden. Unsachlichkeit wird uns nicht helfen. Und wir hätten mit dem 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom Juni 1953 einen großartigen Anlass auf die Verantwortlichen in der Politik zuzugehen.

Wie man auf Seite eins nachlesen kann, geht es nicht nur um die Erhöhung der Opferrente, sondern auch um deren Gewährung für bisher ausgegrenzte Fälle an sich. Wer beispielsweise in einem der „Bruderländer“ verhaftet wurde, hat in Deutschland nicht unbedingt Anspruch auf Entschädigungen. Und es sind auch Fälle von Verfolgungen ohne Inhaftierung, die ganze Leben zerstört haben. Hier wäre zumindest eine Einzelfallprüfung sinnvoll. Verfolgte und „Zersetzte“ sind genauso Opfer des SED-System wie viele andere, die anerkannt wurden.

Grundsätzlich möchte ich (nicht zuletzt) anmerken, dass mir nicht sehr wohl ist, wenn ich die Preisentwicklung für Energie, Mieten und Lebensmittel ansehe. Wir sind vielem einfach nur ausgeliefert und sollten uns auch deswegen deutlicher bemerkbar machen.

*Bis zur nächsten Ausgabe*
*Ihr Alexander Richter-Kariger*

**AKTUELLE THEMEN IN DIESER AUSGABE:**

Ohne Erinnern keine Zukunft. Empörung und Proteste gegen Verbot von Memorial
Initiative 800 – wenn wir das schaffen, helfen wir vielen


*Titelseite*
**Eine deutlich höhere Opferrente – wird man uns verstehen oder verdammen?**
Der Offene Brief an Frau Zupke kann der Anfang eines neuen, langen Weges sein

***Redaktionsthema*:**
**Noch ein Jahr bis zum „runden" Jahrestag des Volksaufstandes von 1953**
Können wir selbst noch einmal aktiv die Aufmerksamkeit auf uns lenken? 2

**INITIATIVE 800: Unsere Chance nutzen** 4

**Zeitzeugen-Projekt NRW verlängert** 4

**K O L U M N E N kurzgefasst**

**Navalny: Ein Jahr „danach"** 5

**US-Präsident: Es klemmt noch vieles** 5

**Baerbock: Beeindruckend bei Lawrow** 5

**Erschossen in Moskau – die Toten unter dem Deckmantel der Geschichte verscharren?**
Ein Gastbeitrag von Stefan Krikowski 6

**Besuch bei Rundem Tisch von Heiko Hendriks: Schicksale der Politik näherbringen**
Beauftragte des Bundestags Evelyn Zupke reist erstmals dienstlich in den Westen 7

**Machtpoker am Rande Europas**
Wann wird der russische Präsident Putin endlich Grenzen respektieren? 8 – 9

**Hier wurde etwas missverstanden**
Eine Richtigstellung 9

**Zweifel am Demokratieverständnis und an der Glaubwürdigkeit der DDR-Täter**
Eine kritische Betrachtung der politischen Situation in Mecklenburg-Vorpommern 10

**Wie sind die Interessen der VOS vertreten?**
Der Bericht vom Treffen der UOKG 11

**Peinlichkeit, Scham, Schuld, Ausflüchte**
Der Missbrauch und die Katholische Kirche 12

**Nach dem Knast kamen harte Jahre unter der ideologischen Knute**
Der holprige Weg des Ex-Kommissars Bruno Ehrlicher 13

**Ein hartes Schicksal, ein Weg, das für andere Opfer schwer verständlich ist**
Über den Schauspieler und Regisseur Sodann 14

**Bis zuletzt an der VOS gehangen**
Rainer Buchwald nach schwerem Leiden und langem Kampf verstorben 14

**Waffenlieferungen und Freundschaft mit der PLO gehörten dazu**
Wie die DDR massiv versuchte, Israel zu schaden 15

**Ein wenig bekannter Jahrestag**
Lernstunde Klima 15

**Man kann das einfach nicht verstehen**
Ehemalige Täter erobern zunehmend die Vertretungen in den Gemeinden 15

**Memorial darf nicht sterben**
Erklärung der Landesbeauftragten der Neuen Bundesländer 16

**Ein Dauerkonflikt und die Beharrlichkeit**
IDEF schreibt auch an den neuen Kanzler 17

**Ein bisschen Lyrik und Poesie entlarvten den Staat in seiner vollen Dummheit**
Wie ein paar junge Dichter in den 1960er Jahren zu Feindbildern der DDR wurden 18 – 19

**Eine wissenschaftlich belegte Aufforderung zum Morden**
Was die Studie über die Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit berichtet 20

**Die Praxis belehrt uns auf seltsame Weise**
Was in Behörden und Gremien der Neuen Bundesländer an der Tagesordnung ist 20

**Die Krankenakten wurden ausgelagert**
Wer hier nicht aufgibt, leistet viel 21

**Ein standesgemäßes Tattoo**
Knastlexikon: Die Pennerträne – das Symbol für einen besonderen Stand 21

**Wenn die Denkmäler verschwinden, verschwindet die Erinnerung**
Die Stadt Neubrandenburg könnte zu einem Zentrum der Zeitgeschichte werden. Will sie das vielleicht gar nicht? 22 - 23

**Das Verbot darf nicht das Ende der geschichtlichen Wahrheit werden**
Präsident Putin zieht die Schlinge seiner Diktatur immer mehr zu. Proteste in mehreren Städten mit Beteiligung der VOS 24 – 25

**Zu wenig Medieninteresse an den Schicksalen der SED-Diktatur**
Kommunismus-Opfer auch in diesem Jahr bei der Lenin-Luxemburg-Liebknecht-Demo 25

**Es geht uns um bedeutend mehr**
Offener Brief zur Initiative 800 an die Opferbeauftragte 26

**Die kaltblütige Rache des Staates an den eigenen Menschen**
Ein großartiges Buch ist im Entstehen 27

**Zersetzung, was ist, war das?**
Eine zusammenfassende Betrachtung 28

Knastlexikon, Termine, Zitate 10, 22, 25
Glückwünsche, Suche 11, 27, 28
Meinungen, Richtigstellung 9, 17
Nachrufe 6, 9, 15, 16, 27
Impressum 28


**Hinweis: Übersicht über die Spender** des aktuellen Zeitraumes auf Seite 21. Danke an alle.

# INITIATIVE 800

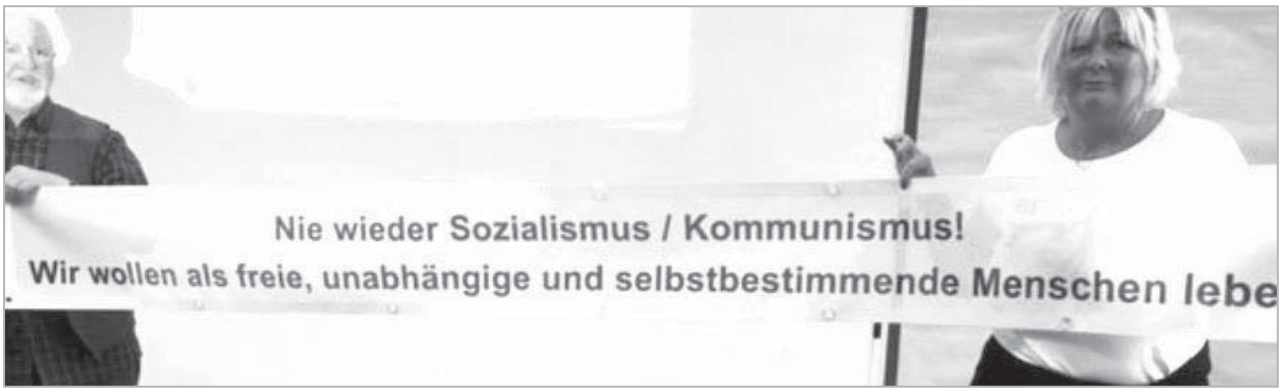
*Was wollen, was können wir?*

Initiative 800 – unter diesem Motto soll der Versuch unternommen werden, unsere Opferrente, offiziell Besondere Zuwendung, entscheidend aufzustocken, um unseren Ansprüchen und unseren Haft-Schicksalen endgültig und dauerhaft gerecht zu werden. Die wesentlichen Einzelheiten sind bereits in dieser Fg- Ausgabe auf mehreren Seiten genannt, auch der Offene Brief an Frau Zupke (S. 26.) kann nachgelesen werden. Nun geht es darum, unser Anliegen glaubhaft zu machen und dabei sachlich zu bleiben. Ganz gewiss wird die Initiative nicht innerhalb weniger Wochen zum Erfolg führen. Der Kampf um die Opferrente hat seinerzeit gezeigt, welch ein Aufwand erforderlich ist.

# Das Zeitzeugen-Projekt NRW

*Zusage der Stiftung für weitere zwei Jahre*

Nach einem äußerst erfolgreichen Verlauf der zurückliegenden Jahre kann nun die Arbeit der Zeitzeugen in Nordrhein-Westfalen weitere zwei Jahre fortgesetzt werden. Ausschlaggebend waren die Zusage der Bundesstiftung zur Aufarbeitung des SED-Unrechts mit Sitz in Berlin und die Bereitschaft des Instituts für Deutschlandforschung an der Ruhr-Uni Bochum, das die Einsätze und deren Organisation wissenschaftlich begleitet. Nicht zu vergessen ist die Mitwirkung des Bundesvorstandes der VOS, der die Mittel beantragte. Der Opferverband ist weiterhin Träger des Projekts und beteiligt sich zudem auch an der Finanzierung der Veranstaltungen.




Wichtig ist, dass sich der Bundesvorstand entsprechend einbringt und den Kontakt zur Opferbeauftragten nutzen kann. Zeitlich gesehen sind wir als letzte Generation der DDR-Opfer beinahe am Limit. Die böse biologische Lösung klopft an die Tür, die politische Lage hat uns kaum noch auf ihrem Schirm. Es wäre also Zeit, dass wir handeln. WIR, das heißt, dass wir ALLE etwas tun, es heißt, dass zunächst die Frage zu beantworten ist, ob die einzelnen ehemaligen politischen Häftlinge und Verfolgten an einer solchen Aktion interessiert sind. Darauf aufbauend können Gespräche mit Frau Zupke geführt werden, und wir sollten wie bei der Forderung nach der Opferrente die einzelnen Parteispitzen ansprechen und um Gesprächstermine ersuchen. Ein weiterer Schritt wäre die Kontaktaufnahme zu den Abgeordneten der jeweiligen Wahlkreise. Hier besteht für die Kameradinnen und Kameraden die Möglichkeit, persönliche Gespräche zu führen. Wie an anderer Stelle angemerkt, können auch Schreiben an die Bundesgeschäftsstelle der VOS gesandt werden, in denen Haftschicksale oder Schilderungen der heutigen Situation festgehalten sind. Es müssen dabei nur ein paar persönlichen Daten (Name, Wohnort, Alter, Haftzeit) preisgegeben werden, es kann kurz und stichpunktartig sein. Wer nicht in der Lage ist zu schreiben, kann sich auch telefonisch melden (auch auf dem Anrufbeantworter der Bundesgeschäftsstelle) oder einen Angehörigen oder Bekannten damit beauftragen.

Damals schrieben die Kameraden auch aufmunternde Worte wie: Wer das Unmögliche nicht angeht, hat bereits im Voraus verloren und sollte sich nicht beklagen, wenn nichts geschieht.

Es ist auf längere Zeit gesehen vielleicht unsere letzte Chance, überhaupt etwas zu erreichen. *ARK / HD*

Die Projektleitung wird nach vorübergehender Ausübung durch Dr. Silke Flegel und Dr. Frank Hoffmann von der Uni Bochum nunmehr wieder auf die Vertreter der VOS übertragen. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Teams (VOS-Vertretung und Uni-Team) ließ nichts zu wünschen übrig, die Beratungen verliefen jeweils harmonisch und im Sinne des gemeinsamen Zieles einer fundierten authentischen Wissensvermittlung an junge Generationen.

Erfreulicherweise konnte auch die Pandemie dem bisherigen Verlauf wenig anhaben. Vor dem März 2020 fanden noch mehrere Veranstaltungen in Präsenz statt, danach wurde in unkomplizierter Weise auf den Zoom-Modus zurückgegriffen, bei dessen Anwendung Silke Flegel und Frank Hoffmann große Unterstützung lieferten. Parallel gab es jedoch auch weiterhin Zeitzeugen-Anforderungen in Präsenz, die unter strenger Einhaltung der geltenden Vorschriften erfolgreich und ohne Infizierung absolviert wurden.

Das Zeitzeugen-Team umfasst derzeit neun Kameraden und eine Kameradin, die sich weiterhin für Termine bereit halten. Ersichtlich ist, dass der Bedarf an authentischen Information eher zu- als abnimmt. Für die Schülerinnen und Schüler ist es immer ein Ereignis, wenn Geschichtsstoff hautnah vermittelt wird und – wenn auch zuweilen zaghaft – Fragen gestellt werden dürfen. Selbst für die Lehrkräfte, die inzwischen erheblich jünger als die Zeitzeugen sind, ergeben sich auf diese Weise spannende Impulse.

Für das Jahr 2022 sind mittlerweile die ersten Anfragen eingegangen, und es wurden auch bereits Präsenz-Termine absolviert. Es sind in jedem Jahr neue Schulen, die sich melden, aber sind natürlich auch „Stammkunden“ dabei. *Tom Haltern*

## Den Tod vor Augen

*Navalnys erster Jahrestag*

Man kann nicht sagen, dass es zu früh wäre, auf den Mann und das Ereignis, das sich um ihn rankt, hinzuweisen. Ein Jahr ist es (erst) her, inzwischen hat unsere äußerst schnelllebige Zeit schon wieder genug andere, besorgniserregende Schauplätze eröffnet. Afghanistan, Nordstream zwei, Missbrauchsvorwürfe, Energie- und Klimakrise, Ukraine und nochmals Ukraine und nicht zuletzt das Dauerthema Impfpflicht oder keine Impfpflicht.

Das Durchatmen hilft nur kurz. Dennoch ist es wichtig, an Alexej Navalny zu erinnern, der vor einem Jahr nur knapp einem Giftanschlag entkam und der ohne deutsche Hilfe nicht mehr am Leben wäre.

Wir erfahren wenig über ihn, die Haftbedingungen sind denen nicht fern, die unsereinem in der DDR auferlegt waren. Und doch sind sie ungleich milder und ein Stück transparent, wovon wir Häftlinge des Ministeriums für Staatssicherheit nicht zu träumen wagten. Navalny darf sich zu politischen Vorgängen äußern, man erfährt, dass die nächtlichen Lichtkontrollen in der Zelle eingestellt wurden, er ist nicht suizidgefährdet, allerdings befindet er sich in der Gesellschaft von BeVauern (Berufsverbrechern – d. Red.), die ihm wohl tüchtig zusetzen.

Abgesehen davon stellt sich die Frage, warum sitzt er eigentlich? Er hat Russland geschadet, er hat Putin beleidigt (was, wie man nach den Urteilen gegen die Frauen von Pussy riot weiß, keiner wesentlichen Anstrengung bedarf), und er hat sich der Meinungsfreiheit bedient. Was wird mit Navalny? Nach dem, was diesem Mann widerfahren ist, eine schwere Vergiftung, und nach der Tortur des Hungerstreiks und der harten Haftbedingungen, darf man nicht damit rechnen, dass er wenigstens das ohnehin nicht hohe Durchschnittsalter eines in Russland lebenden Menschen erreichen wird. Warum also lässt man ihn nicht allein aus humanitären Gründen frei? Wem würde er jetzt noch schaden?

*Igor Gerd Lesnikow*

## Hat der Joe versagt?

*Präsident Biden in der Kritik*

Sein Konkurrent Donald Trump nannte ihn während des Wahlkampfs den „Sleepy Joe“, weil er sich nicht auf die markigen Sprüchen und Beschimpfungen des Konkurrenten einließ und, vielleicht auch dem Alter geschuldet, seine Reden eher bedacht und unbewegt hielt. Keine Frage, uns Europäern tat diese Art gut; die Versprechen, die Biden machte, wirkten glaubhaft und verbindlich.

Nun ist der vermeintlich verschlafene Joe seiner, um es freundlich zu sagen, ruhigen Art treu geblieben. Er bemüht sich um soziale Besserungen im Inland, er hat mit den Partnerländern stabile Beziehungen erreicht, er wird im Ausland geschätzt, zumal man immer noch die verbalen Schüttelfrosteinlagen des deutschstämmigen Vorgängers im Gedächtnis hat, die dieser vorranging gegen die Heimat seiner Vorfahren richtete.

Biden hat freilich nicht alles erreicht, was er ankündigte und was erwartet wurde. Der unübersichtliche Rückzug aus Afghanistan und die Folgen sind katastrophal. Aber hätte man das besser machen können? Hat jemand gewusst, was in diesem asiatischen Land passieren wird?

Ein anderer Vorwurf hat mit dem ausbleibenden Aufschwung in der Wirtschaft und mit den sprunghaft steigenden Preisen zu tun. Nicht nur in Deutschland sind die Energiepreise explodiert. In den USA ist es nicht besser, dort betrifft es auch Lebensmittel und Konsumgüter. Die Aktienkurse sind im Keller, die Gesellschaft ist gespalten.

Bidens Pläne scheitern an den Widerständen in der eigenen Partei und an denen der Republikaner. Völlig verstummt ist nun die Vize-Präsidentin Harris. Gerad von ihr hatte man Großes erwartet.

Übrigens, wer es nicht wissen sollte: „Sleepy Joe“ ist keine Erfindung von Donald Trump. Es gab in den 1960er Jahren einen gleichnamigen Musik-Hit der englischen Beat-Band Herman’s Hermits. Das ist die Wahrheit.

*Valerie Bosse*

## Klartext für Lawrow

*Baerbocks souveräner Auftritt*

Es gab vor allem unter den Medienvertretern Vorankündigungen, die besagten, unsere neue Außenministerin würde es gegenüber ihrem russischen Amtskollegen Lawrow schwer haben. Dieser „harte Hund“ zerreiße seine Gesprächspartner vielleicht nicht nur verbal in der Luft. Bis dato war freilich von Partnerinnen noch nicht die Rede gewesen. Eben weil man wohl dachte, dass mit Frau Baerbock jemand kommt, die weiblich, jung und sicher auch gutaussehend ist. Nun wissen wir es, es war falsch gedacht. Wie im Fußballspiel, wo man von vornherein zwischen Favorit und Unterlegenem unterscheidet, hat sich Baerbock nicht in die Rolle der Schüchternen begeben. Sie hat ordentlich draufgehauen, sie hat die Dinge beim Namen genannt, und sie ist trotz der Klarheit ihrer Worte höflich und unverletzend geblieben. Man kann sich schwerlich erinnern, dass jemand in all den Jahren dem in der Tat rau und abweisend wirkenden russischen Außenminister in der Öffentlichkeit, dazu in einer wirklich heiklen Lage, so couragiert entgegengetreten ist.

Natürlich wird sich Russland in seinen Absichten und Plänen wenig an den Drohungen, die auf einen Einmarsch in die Ukraine folgen, stoßen. Selbst ein Boykott von Nordstream zwei, einem ohnehin widersinnigen Projekt, würde Putin und Lawrow nicht das Konzept zerstören. Ganz sicher haben die Moskauer Eliten entsprechende Gegenpläne im Panzerschrank. Aber sich allein im Gespräch nicht unterbuttern zu lassen, das ist, zumindest was den Dialog mit Russland angeht, neu, und es ist mutig.

Baerbock hat damit nicht nur die Wertschätzung ihrer eigenen Person ausgebaut, sie hat auch Deutschland einen Dienst erwiesen: Wir müssen nicht nur das Land sein, das sich freiwillig unterwirft und ständig von der Schuld der Vergangenheit redet. Mittlerweile sind es andere, die immer mehr Schuld auf sich laden.

*B. Thonn*

# Ein rabenschwarzer Tag für die Menschenrechte nicht nur für Russland

*Putin lässt durch das Oberste Gericht der Russischen Föderation MEMORIAL verbieten*

Gestern noch standen etwa zwei Dutzend aufrechte Mitstreiter und Sympathisanten der Menschenrechtsorganisation MEMORIAL bei Eiseskälte demonstrierend u.a. vor der russischen Botschaft Unter den Linden in Berlin. Heute hat das Oberste Gericht der Russischen Föderation die Zwangsauflösung der Menschenrechtsorganisation Memorial International wegen angeblicher Verstöße gegen das „Agentengesetz“ angeordnet. Dies ist ein rabenschwarzer Tag für die Menschenrechte.

> In dem monumentalen Totenbuch „Erschossen in Moskau …“ wird den Ermordeten ihr Name und Gesicht zurückgegeben. Sie sind nicht aus der Geschichte entfernt. Sie haben existiert. Opfer und Täter werden benannt.

Ein Tag voll der Wut, des Zorns und der Trauer. Die Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion schließt sich der Erklärung der Heinrich-Böll-Stiftung, veröffentlicht in der Zeitschrift Osteuropa vollumfänglich an: https:/ zeitschrift-steuropa.de/ blog/memorial-verboten/. Auch in der SBZ und der DDR hat das Sowjetregime in meist geheimen Prozessen politische Unrechtsurteile gesprochen. Über 927 Menschen wurden in der Zeit von 1950 bis 1953 in der DDR von sowjetischen Militärgerichten zum Tode verurteilt, über 1.800 km in Zügen nach Moskau deportiert und dort – meistens nächtens im Butyrka-Gefängnis – erschossen. Die Leichen wurden verbrannt und auf dem Donskoje Friedhof verscharrt. Insgesamt wurden 35.000 bis 40 000 deutsche Zivilisten von Sowjetischen Militärgerichten verurteilt. Viele der deutschen SMT-Verurteilten kamen in den GULag nach Workuta.

In George Orwells „1984“ sagt der Vernehmungsoffizier O’Brien zu dem Häftling Winston Smith: „Die Nachwelt wird nie von Ihnen hören. Sie werden restlos aus dem Strom der Geschichte entfernt. Es wird nichts von Ihnen übrig bleiben, kein Name in einem Register, nicht die Spur einer Erinnerung. Sie werden sowohl in der Vergangenheit, wie für die Zukunft annulliert sein. Sie werden nie existiert haben.“

Dass Angehörige nach 1989 oft erstmalig über das Schicksal dieser Ermordeten Gewissheit erhielten, ist der unermüdlichen Arbeit von Memorial zu verdanken. In dem monumentalen Totenbuch „Erschossen in Moskau …“ wird den Ermordeten ihr Name und Gesicht zurückgegeben. Sie sind nicht aus der Geschichte entfernt. Sie haben existiert. Opfer und Täter werden benannt. Seit ihrer Gründung im Jahr 1988 hat MEMORIAL hat über Millionen Biografien von Opfern der Lenin- und Stalin-Diktatur recherchiert und so ihre Namen den Familienangehörigen und der Öffentlichkeit zurück gegeben. Putins Oberstes Gericht unternimmt nun mit dem heutigen Urteil einen weiteren Versuch, die wichtige zivilgesellschaftliche Organisation zu zerschlagen. Die verbrecherische und terroristische Seite der sowjetischen Geschichte soll somit unterdrückt werden. Warum? Weil er es kann. „Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden.“ So sagte es einst Fritz Bauer, der Frankfurter Generalstaatsanwalt. Wir sind gewiss, dass Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nur dort eine Chance haben, wo keine Lenin- und Stalin-Standbilder (mehr) stehen. Für die Zivilgesellschaft Russlands wünschen wir uns, dass dieses Urteil nicht das Ende der *Wiederherstellung der historischen Wahrheit über die politischen Repressionen in der Sowjetunion* bedeutet.

Mit freiheitlichem Gruß
Stefan Krikowski

---

**Anm. d. Red.:** Die Freiheitsglocke setzt sich weiterhin für die Wahrheitsfindung und eine geschichtswirksame Aufarbeitung ein.

# Engagiert und konsequent in der Aufarbeitung

Eine Nachruf auf
Rolf-Dieter Weske
der in der VOS große
Wertschätzung genoss
*7. April 1948
† 3.Dezember 2021

Rolf-Dieter Weske war die Aufarbeitung und die Erinnerung an politisches Unrecht der DDR zur Lebensaufgabe geworden. Ein engagierter und guter Freund ist für immer von uns gegangen.

Kamerad Weske initiierte vor 22 Jahren in Magdeburg in Zusammenarbeit mit der Konrad- Adenauer-Stiftung ein Zeitzeugencafé welches die Aufarbeitung der Verbrechen der SED-Diktatur zum Inhalt hat.

Rolf-Dieter Weske war es wichtig, dass die historische Erinnerung an den Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Magdeburg und das begründete Unrechtsurteil gegen den Magdeburger Ernst Jennrich, der unschuldig hingerichtet wurde, lebendig bleibt.

Für seine Verdienste wurde er unter anderem mit der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt ausgezeichnet.

Die VOS trauert mit den Hinterbliebenen und den Kameradinnen und Kameraden seiner Bezirksgruppe

*Dr. Carl-Gerhard Winter*
*Landesvorsitzender*
*VOS in Sachsen-Anhalt e. V.*

*Für den Bundesvorstand der VOS:*
*Hugo Diederich (Vorsitzender)*
*Redakteur: A Richter-Kariger*

Wir trauern um unseren Kameraden

**Rolf-Dieter Weske**

* 07. April 1948 † 03. Dezember 2021

Ein engagierter und guter Freund hat uns verlassen.
Er war Initiator des Zeitzeugencafés in Magdeburg zur Aufarbeitung der Verbrechen der SED-Diktatur in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**Dr. Carl-Gerhard Winter**
**Landesvorsitzender der VOS**

**Alexandra Mehnert**
**Leiterin der KAS**

**Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e. V.**

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

Wir werden das Andenken an den Kameraden stets in Ehren halten.

# Die erste Einladung in ein Bundesland West führte sie nach NRW

## Opferbeauftragte Zupke zu Gast in Düsseldorf beim „Runden Tisch“ mit SED-Opferverbänden

Auf Einladung von Heiko Hendriks (Foto: Mitte, stehend), dem NRW-Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, fand am 16. November 2021 der dritte „Runde Tisch“ mit Vertreterinnen und Vertretern der SED-Opferverbände aus NRW statt. Referentin und Gesprächspartnerin war die SED- Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke (Foto: links neben Herrn Hendriks). Als weiterer Gesprächspartner war auch der Parlamentarische Staatssekretär im nordrhein- westfälischen Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Klaus Kaiser MdL, zugegen. Nach einleitenden Worten von Heiko Hendriks begrüßte Prof. Dr. Winfrid Halder, Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, dem diesjährigen Veranstaltungsort, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und hieß alle herzlich willkommen. Anschließend übernahm Evelyn Zupke, die erste Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, als prominenter Gast das Wort. Evelyn Zupke bedankte sich für die Einladung zum „Runden Tisch“. Sie freue sich auf den gemeinsamen Austausch. Nordrhein-Westfallen sei das erste westdeutsche Bundesland, welches sie in ihrer fünfmonatigen Amtszeit als Opferbeauftragte zu einer solchen Veranstaltung eingeladen hätte. "Viele Opfer der SED-Diktatur leben heute in Westdeutschland. Der Runde Tisch der Landesregierung mit SED-Opferverbänden aus NRW ist für mich vorbildhaft. Neben dem Austausch und der Vernetzung ist es für Opfer besonders wichtig, mit ihren Anliegen Gehör zu finden. Ich wünsche mir daher ein solches Forum auch in den anderen westdeutschen Ländern", so Frau Zupke. Im ersten Teil der Veranstaltung fanden ein Gespräch und eine Diskussion mit Evelyn Zupke statt. Vertreterinnen und Vertretern der SED-Opferverbände sowie nicht organisierte Betroffene bekamen die Gelegenheit, ihre Anliegen und Sorgen vorzutragen und sich mit der Opferbeauftragten auszutauschen. Evelyn Zupke zeigte sich sehr verständnisvoll und kompetent für die Anliegen und Themen der Betroffenen und sagte zu, deren Belange in die Gremien des Bundestages zu tragen und auch das Gespräch mit der Bundesregierung zu suchen.

Heiko Hendriks dankte Evelyn Zupke für ihre Teilnahme und beendete die Diskussionsrunde mit den Worten: „Die Chance, die Anliegen und Ziele der SED-Opfer zu erreichen, ist mit dem Amt und der Person von Evelyn Zupke deutlich gestiegen. Das Amt und die Amtsbezeichnung Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag öffnen Türen.“ Im Anschluss an das Gespräch mit Evelyn Zupke wurde gemeinsam mit Heiko Hendriks und dem Parlamentarischen Staatssekretär Klaus Kaiser über gemeinsame Projekte und Vorhaben mit den SED-Opferorganisationen gesprochen. Zentrale Themen waren die Aufwertung des Betonsegments der Berliner Mauer in unmittelbarer Nähe des Landtagsgebäudes als Mahnmal und Erinnerungsort an die deutsche Teilung und Fördermöglichkeiten von Klassenfahrten zu Gedenkstätten außerhalb von NRW mit ortsansässigen Opfervereinen.

Seit 2019 gibt es jährlich einen Runden Tisch mit den Vertreterinnen und Vertretern der SED-Opferverbände. Gäste waren früher u. a. der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper MdL, Staatssekretär Dr. Mark Speich, die Schriftstellerin Marie-Luise Knopp und der Geschäftsführer des Instituts für Deutschlandforschung an der Ruhruniversität Bochum, Dr. Frank Hoffmann. *Heiko Hendriks*

*Foto: Garbar/MKW NRW*

# Putin: Wenn das steinerne Herz allmählich auf das gesamte Wesen übergreift

*Der russische Präsident tut alles, um den Westen herauszufordern. Wie lange kann das gutgehen?*

Wenn man die letzten etwa 300 Ausgaben der Freiheitsglocke mit der internen Suchmaschine durchsuchen lässt, um Dateien mit dem Namen des russischen Dauerpräsidenten Wladimir Wladimirowitsch Putin zu finden, so wird man massenweise fündig. Der russische Präsident ist in der VOS ausgesprochen populär – vornehmlich im negativen Sinne. Dass das so ist, wird bei Eingabe einer weiteren Wortkombination deutlich: Der Mann mit dem Stein in der Brust, der sich zunehmend zum Diktator entwickelt hat.

Putins Mienenspiel allein sorgt dafür, dass diese Charakterisierung kaum anfechtbar sein dürfte. Seine Taten unterstreichen es. So stellte bereits in der Fg-Ausgabe 725 vom März 2013 unser russlandkundiges Redaktionsmitglied B. Thonn sehr treffend fest: „Blickt man etwas weiter zurück, so stößt man auf die Vorgänge in Tschetschenien. Putin hatte nicht eben einen geringen Anteil daran, dass die Menschen in der nach Unabhängigkeit strebenden Region in Grund und Boden – und dies ist wörtlich zu nehmen – gebombt wurden. Die Folgen der begangenen Grausamkeiten, auch an Kindern und Frauen, sind unübersehbar. Nicht minder krass sind die Vorwürfe, die im Zusammenhang mit dem Untergang des U-Bootes Kursk und mit der Geiselnahme im Moskauer Dubrowka-Theater erhoben wurden. Letzteres geschah am 23. Oktober 2002, als 41 bewaffnete tschetschenische Terroristen die Besucher der Musical-Aufführung ‚Nord-Ost' in Moskau, darunter auch Gäste aus dem Ausland, als Geiseln nahmen. Putins Regierung wusste sich nicht anders zu helfen, als nach tagelanger Starre Betäubungsgas in den Zuschauerraum zu leiten. Dadurch verloren 129 unschuldige Geiseln ihr Leben. Eine Vorgehensweise, die in jedem fortschrittlichen Land Ihresgleichen sucht."

Von dem, was hier geschildert wurde, ist manches aus den Schlagzeilen gefallen. Das heißt nicht, dass sich etwas geändert hätte, nicht in Russland, nicht in Bezug auf Putin. Das steinerne Gesicht ist alles andere als eine Fassade, es ist das Wesen eines Mannes, der auf der Bühne der Großen dieser Welt seinen glanzvollen Platz behaupten möchte, der jedoch über keine anderen Mittel als Gewalt, Brutalität und Tücke verfügt. Die Besetzung der Krim vor sechs Jahren, der Mordanschlag auf den Regimekritiker Alexej Nawalny, der Grenzkrieg mit der Ukraine, die Mit-Urheberschaft an der Flüchtlingskatastrophe an der Grenze Weißrusslands zu Polen und Litauen, die Unterstützung des syrischen Diktators Assad, der Konflikt mit Georgien und neuerdings die Einflussnahme auf die politischen Vorgänge in Kasachstan sind die augenscheinlichen Beispiele des zunehmend zu Stein werdenden russischen Präsidenten.

## „Von der Sowjetunion lernen heißt lügen lernen."

Putin möchte die Sowjetunion wiederbeleben. Er möchte, nachdem ausgerechnet Barack Obama das flächengrößte Land der Erde spöttisch zur Regionalmacht degradierte, zurück zum Status der Großmacht. Vieles, was diese Sowjetunion ausgemacht hat, hat er bereits übernommen. Das Schüren der Konflikte ist die eine Seite. Das andere sind die anmaßenden Äußerungen. Damals hingen in den Satellitenstaaten vieler Orts Plakate mit der Losung „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen." Abgewandelt war richtig: „Von der Sowjetunion lernen heißt lügen lernen."

## Putin, beachte die Grenzen, vor allem deine eigenen.

Dass das russische Modell für kein Land ein Vorbild sein kann, hat Putin mit seinem autokratischen Führungsstil deutlich zu erkennen gegeben. Er stellt sich der eigenen Bevölkerung daher als Beschützer vor. Mal wieder will die Nato Russland überfallen und in viele kleine Staaten aufteilen. Die Pläne oder Landkarten lägen bereits vor. Dies ist der Grund, dass an den Grenzen das Militär aufmarschiert und dass Russland die „berechtigte" Forderung erhebt, die Nachbarländer dürften keinem feindlichen Bündnis beitreten.

Gleichzeitig gibt Putin vor der Welt und vor den Bürgerinnen und Bürgern seines Landes den zahmen Wolf, der seine Pfote in Mehl getaucht hat und uns allen demonstrieren will, dass er eigentlich eine Art harmloses, von ständigen Bedrohungen umgebenes Lamm ist und es ihm nur darum geht, keine Benachteiligung seines geliebten Russlands (und schon gar keine Schmälerung seines zweistelligen Milliardenvermögens) zuzulassen. Dass er nebenbei auch das Verbot der Menschenrechtsorganisation Memorial durchgedrückt hat, ist bestenfalls ein Schönheitsfleck auf seinem – bildlich gesprochen – mehlweißen Unschuldsteint. Es ist freilich auch ein Bekenntnis nicht nur zur kommunistischen Ideologie, sondern zu Stalin, Lenin und dem grausamen Regime, das im vorigen Jahrhundert in Europa wütete. Alles, was im vorigen Jahrhundert an Unrecht im großen Maßstab begangen wurde, ist damit nicht mehr erwähnt, es wird zwangsläufig aus den Geschichtsbüchern getilgt werden. Der großflächige Weltenbrand, den die einstige Sowjetunion auf den Erdball gebracht hat, hat sich in eine vielgestaltige Flamme verwandelt, die furchterregende Wunden zu hinterlassen vermag.

Kann man mit jemandem wie Putin eine sogenannte friedliche Koexistenz eingehen? Eigentlich müsste man die Frage nicht stellen, denn Putins Taten beantworten sie deutlich mit nein. Der Präsident ist nur insofern zuverlässig und berechenbar, als man um seine Unberechenbarkeit weiß. Soll ihn die internationale Staatengemeinschaft anbetteln, dass er die Ukraine nicht angreift, oder soll man hoffen, dass die Nato die Ukraine in ihr Bündnis aufnimmt und Putin hier zu einem offenen Krieg zwingt? Die Folgen wären unabsehbar. Für Europa, für Russland ungleich größer.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite

Offene Kriege, die dann nicht mehr den Charakter schwelender Konflikte haben, werden vom digitalen Schaltpult aus entschieden, sie benötigen keine Menschen, sie werden von Drohnen geführt, und sie können innerhalb kurzer Zeit ganze Zivilisationen vernichten. Putin dürfte das wissen, ihn würden vermutlich keine Kreml- Mauern schützen. Sein Kalkül lautet natürlich, dass auch der Westen keinen Flächenbrand anstrebt. Selbst wenn Putin behauptet, die Nato würde (sein) Russland bedrohen, daher dürfe die Ukraine nicht dem westlichen Verteidigungsbündnis beitreten und Georgien dürfe nicht in die EU, so sind dies fadenscheinige, eigentlich keine wirklichen Argumente. Der Westen, gemeint sind die USA und die Europäische Union, will keinen Konflikt mit Russland. Er will aber auch keine unberechenbare Macht, die bewusst wider den Weltfrieden züngelt, in der internationalen Staatengemeinschaft.

Jetzt (Stand Januar 2022) zieht Putin seine Soldaten und die konventionelle Militärtechnik an der Grenze zur Ukraine zusammen. Es wird befürchtet, dass er einen Überfall auf eigene Truppen lanciert, um dann einen Grund zur nächsten kriegerischen Handlung zu finden. Man kennt solche Vorgänge aus vielen Abschnitten der Geschichte, ohne dass man sie genauer beschreiben muss. Man weiß aber auch aus eben dieser Geschichte, dass solcher Unternehmungen langfristig fehlschlagen und in einem kompletten Scheitern oder gar im endgültigen Untergang enden können.

Wir erinnern an Afghanistan. Der Einmarsch vollzog sich zunächst überraschend und reibungslos, danach erwies sich der Krieg zunehmend als Selbstfalle. Der Aggressor blutete aus, das Land und die Menschen; der Überfall führte bereits nach wenigen Jahren ins eigene Desaster.

Weiß Putin nicht, dass er sein Land wieder in eben jenen Abgrund führt, in dem die Sowjetunion endete? Man kann ihm nur raten: Putin, beachte die Grenzen, vor allem deine eigenen.

*Valerie Bosse*

# In Sachen Beitragszahlung der Mitglieder

*Eine Richtigstellung des Rechnungsprüfers*

Zum Beitrag in der FG-Nr. 829/ 830 Bericht des VOS- Bundesrechnungsprüfers im Oktober 2021 möchte ich einiges, das falsch dargestellt wurde, richtigstellen. In dem vorgenannten Beitrag irritiert mich die Formulierung: „*Die Gründe bei Verweigerern sind nicht eindeutig erkennbar. Der Prüfer vermutet Unwillen ...*"

Diese Verallgemeinerung, dass praktisch alle VOS-Mitglieder, die nicht ihren Beitrag gezahlt haben, unwillig sind, habe ich in meinem Bericht nie behauptet oder vermutet. Sie ist falsch und ich widerspreche ihr hiermit. Ich habe stattdessen nur das unkameradschaftliche Verhalten der zahlungsunwilligen Mitglieder/innen aus der gesamten Gruppe der säumigen Zahler herausgestellt. Zitat: "*Neben dem grundsätzlich unkameradschaftlichen Verhalten der zahlungsunwilligen Kameraden/-innen gegenüber der großen Mehrzahl VOS-Mitglieder...*"

Im Übrigen fehlt in dem Bericht meine kritische Anmerkung, dass der Mangel an Beitragskontrolle bereits seit 2014 besteht und hierzu seitens der Verantwortlichen des Bundesvorstandes trotz wiederkehrender Hinweise in den jährlichen Prüfberichten nichts unternommen wurde bzw. keine Lösungsvorschläge entwickelt wurden.

*Kameradschaftliche Grüße*
*Detlef v. Dechend*

***Anm. d. Red.:*** Für den Artikel in der genannten Ausgabe wurden die gesamte Diskussion, in der es auch um „säumige Beitragszahler" ging, wie auch der mündlich vorgetragene Bericht des Prüfers zugrundegelegt. Rückblickend ist nicht mehr bestimmbar, ob und wenn ja von wem der Begriff Beitragsverweigerer ausgesprochen wurde. Eine entsprechende Diskussion könnte sich allerdings erübrigen (ebenso wie die Prüfung der Zahlungseingänge durch die Schatzmeisterin), wenn die Beiträge korrekt entrichtet würden. Darüber sollten alle nachdenken.

**Hinweis:** Der obige Beitrag wurde redaktionell bearbeitet.

# Aufrecht und hilfsbereit

## Ein Nachruf Dieter Graeser

Dieter Graeser war einer der politischen Häftlinge, die in besonderer Weise in die Geschichte der Haftanstalt Cottbus eingingen. Verweigerung der Arbeit führte zur Absonderung in die Nichtarbeiterstation, er galt der SED als „besserungsunwillig". Dort befreundete er sich mit dem bekannten Schauspieler Horst Schön.

Dieter wurde in den 1970er Jahren eingesperrt, weil er in die Bundesrepublik zu flüchten versuchte. In seinem Heimatort Eggersdorf spielte er Fußball, später intensiv Schach. Nach seinem Freikauf engagierte sich Dieter in Berlin in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), später auch im Demokratischen Klub (dk) sowie in der FDP.

Ende der 1970er Jahre gehörte er zum politischen Umfeld des Menschenrechtlers Bernd Moldenhauer, der 1980 von einem Stasi-Agenten erdrosselt wurde. Aus den MfS-Akten geht hervor, dass Dieter im Westen ähnlich wie Moldenhauer von der Stasi als gefährlicher Feind der DDR gesehen wurde. Behörden im Westen kannten ihn als ungewöhnlich belesen und kompetent in juristischen Fragen, obwohl er von der Ausbildung her Naturwissenschaftler und nicht Jurist war.

Als Diplomingenieur für Chemietechnik versuchte er die Berliner Stadtverwaltung in Umweltfragen zu unterstützen. Da dies aber sehr kritisch war, wurde es ihm nicht gedankt.

Bis zuletzt konnten ehemalige DDR-Häftlinge von seiner Hilfsbereitschaft profitieren, bis zuletzt brachte er sich als Zeitzeuge in die Aufklärung über den verbrecherischen SED-Staat ein. Als er seinen Haftkameraden Siegmar Faust öffentlich verleumdet sah, stand ihm Dieter publizistisch zur Seite. Er war einer derjenigen, auf die man sich immer verlassen konnte. Ende Oktober 2021 ist er an Krebs gestorben, er wurde gerade einmal 70 Jahre alt.

Wir wollen hoffen, dass sein Grab nicht wie das seines Freundes Horst neben dem eines SED- Oberen liegen wird.

*Bernd Lippmann Nov. 2021*

# Wir sind den Kindern und Enkeln die Wahrheit schuldig

*Warum müssen ehemalige MfS-Täter heute vor Wahlen ihre Vergangenheit nicht offenlegen?*

Immer wieder tauchen ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in öffentlichen Ämtern auf und, obwohl sie ein keineswegs unglaubhaftes Engagement kundtun, verhindern eine objektive Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit bzw. der Machenschaften der SED-Diktatur. So nimmt in einer hier nicht näher bezeichneten Gemeindevertretung in Mecklenburg-Vorpommern ein ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ein solches öffentliches Amt wahr. Selbiger Gemeindevertreter hat nach längeren, geheimen Recherchen des Autors dieses Beitrags falsche bzw. unvollständige Angaben bei seiner Kandidatur gemacht. Konkret heißt das: Er hat seine Tätigkeit beim MfS nicht angegeben. Somit stellt sich allgemein die Frage, handelt es sich in einem solchen Fall ggf. um eine Straftat nach §§ 107b, 108 des StGB oder „nur“ um ein Vergehen?

Die zuständige Rechtaufsichtsbehörde hat gemäß des Gesetzes über die Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landes- und Kommunalwahlgesetz – LKWG M-Vp) festgelegt, dass Personen, die sich für die Wahl als Mitglied einer Gemeindevertretung bewerben, keine Erklärung zu einer Tätigkeit für die Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik abgeben müssen und somit auch keine diesbezügliche Erklärung vom Gemeindewahlausschuss angefordert werden darf. Somit kam zu der oben genannten Situation.

Die demokratische Entscheidung der Bürger*innen muss respektiert werden. Jedoch sollten eben diese Bürger*innen über die Vergangenheit eines Gemeinderatsmitglieds / Politiker informiert werden und damit die Möglichkeit erhalten, vor der Wahl über ihr Votum nachzudenken.

Die Frage stellt sich ernsthaft: Kann man einem MfS-belasteten Gemeindevertreter eine Sinneswandlung und eine demokratische Einstellung abnehmen, wenn er seine Vergangenheit verschweigt, um als Vertreter einer demokratisch agierenden Gemeindevertretung zu gelangen?

Die malträtierten Menschen, die sich friedlich für Reformen in der DDR einsetzten oder einfach nur die DDR dauerhaft verlassen wollten, landeten oft in einer Haftzelle. Hat auch nur ein MfS-Täter seinen Kindern, Enkeln später erzählt – was er unschuldigen Menschen angetan hat? Haben die Funktionäre der über 40-jährigen SED-Diktatur ihr mafiöses Netzwerk offengelegt?

## Diktatur und Demokratie

Viele, womöglich alle diese Täter schweigen bis heute! Und aufgrund der für sie günstigen Bedingungen ist es für sie leicht, sich auch künftig bei Landtags- und Bundestagswahlen ohne Nennung der Tatsachen in die Parlamente zu dringen.

Ich zweifle am Demokratieverständnis und an der Glaubwürdigkeit der DDR-Täter, wenn sie weiterhin über ihre Rolle in jenem verbrecherischen System schweigen. Oder habe ich da ein falsches Bild, hat in diesem Land etwa jemand nach 1990 andere, positive Erfahrungen bezüglich der Hauptverantwortlichen sammeln können?

Leider wird es belasteten Zeitgenossen immer leichter gemacht, von ihrer unguten Vergangenheit abzurücken, denn zusehends rückt nun die Generation der Nachwuchs-Genossen heran. Es sind dies Politiker*innen, die die Diktatur bestenfalls als Kinder erlebt haben und die Berichte der Opfer als unwahr hinstellen. Sie verharmlosen die Diktatur, sie stellen die Widerständler, die inhaftiert und verfolgt wurden als Kriminelle, Nazis, sonstige Rechte oder Terroristen hin und erteilen den Tätern die bedingungslose Absolution. „Ihr konntet damals nicht anders“, heißt es oft genug. Oder: „Es muss auch mal einen Schlussstrich geben, es sind mehr als dreißig Jahre vergangen.“ Wo sich nun selbst Egon Krenz als übriggebliebener SED-Politnik in den Medien reinwaschen durfte.

Ich möchte mit diesem Beitrag die Mitmenschen aufrütteln und frage daher: Wann schauen deutsche Demokraten endlich genauer hin, wann ergreifen sie das Wort, wann handeln sie? Ich frage: Wann handeln WIR?

Viele von Aufrechten sahen nach 1990 betrübt, wie schnell, ungehindert und durchorganisiert die alten Genossen wieder Tritt fassten oder gar nicht erst beiseitetraten. Die obersten Funktionäre wurden öffentlichkeitswirksam abgesetzt, und der Rest formierte sich neu und ohne Scheu. Dass sich ehemalige MfS-Täter und großmäulige Funktionäre alsbald etabliert hatten oder es einfach blieben, durfte man überall erleben. Das MfS benannte sich nach außen um und festigte nach innen bis zur Auflösung ihr mafiöses Netzwerk.

Ich appelliere daher an alle Demokraten: Belassen wir es nicht beim Schweigen, schauen wir nicht weg, lassen Sie uns die Wahrheit aussprechen und danach handeln. All die kann offen und ohne Gewalt geschehen, denn jedes Verschweigen und Ausweichen tötet das Vergangene, und es verhindert eine weitestgehend unbelastete Zukunftsgestaltung.

*André Rohloff*

---

# Ein neues Jahr: Gute Wünsche an alle!

Ich wünsche Ihnen und allen Adressaten ein gutes, gesundes und zufriedenes Jahr 2022! Ich stoße damit auf ein besseres 2022! Mögen Recht und Gerechtigkeit – so wie es der Rechtsphilosoph Gustav Radbruch (1878 bis 1949) formuliert hat: „Das Recht ist der Wille zur Gerechtigkeit“ - bei einsetzendem Willen der Entscheidungsträger gelingen.

*Bleiben Sie alle gesund! Herzlichen Gruß, Christa Ladendorf*

***Anm.:*** Der Redakteur dankt im Namen der Leserinnen und Leser sowie des Bundesvorstands der VOS und erwidert in diesem Sinne die wohlmeinenden Wünsche.

# „Es hat sich nichts geändert.“ Auch sonst gab es scharfe Kritik

*Die VOS nimmt trotz ihres Gewichts in der UOKG den Platz am Katzentisch ein. Und nun?*

**Ende November 2021 fand in Berlin im Rahmen eines Treffens der Mitgliederorganisationen und Ein-Personen-Initiativen des Dachverbandes UOKG statt. Für die VOS nahm wie vorgesehen der stellvertretende Bundesvorsitzender Felix-Heinz Holtschke teil, der von der 32. Generalversammlung im Oktober (Friedrichroda) als Delegierter gewählt worden war.**

**Kamerad Holtschke sollte dort die Interessen der VOS vertreten und vor allem das Votum unseres Verbandes für einen Sitz im Vorstand des Dachverbandes, aber mindestens als Beisitzer, erklären und durchsetzen. Die VOS ist bekanntlich mit großem Abstand der mitgliederstärkste Verband in diesem Zusammenschluss und wird dies trotz der Altersstruktur dauerhaft bleiben. Am Ende war jedoch die ein nicht erwartetes Ergebnis eingetreten, die VOS bekam keinen Sitz im Vorstand, somit sind die bestehenden Verhältnisse bestätigt worden, und ein gewisses Unverständnis in unserem 72 Jahre bestehenden Verband ist wahrlich nicht zu leugnen.**

**Lesen Sie nachstehend, was Felix Heinz Holtschke über die UOKG-Sitzung berichtet.**

Hier der Kurzbericht über das oben genannte UOKG-Verbände- und -Mitgliedertreffen Ende November 2021 in Berlin. Der Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Verbandes wurde vom Vorsitzenden der UOKG Dieter Dombrowski vorgetragen, er ist bei Bedarf in Schriftform einsehbar. Die Tagesordnung dieser Veranstaltung ist auf der UOKG-Internetseite unter www.uokg.de unter dem Link Veranstaltungen zu finden.

Der Bericht wurde in der nachfolgenden Diskussion in Teilen mangels schärferer Kritik gegenüber den politisch dafür Verantwortlichen für den teilweise geschichtslosen und rechtsstaatlich-defizitären Umgang mit den Opfern des SED-Regimes heftig kritisiert. Besonders auffallend bei diesem 18-seitigen Bericht ist in diesem Zusammenhang die völlige Nichterwähnung der gemeinsamen Beschwerde-Petition von VOS, IDEF und der UOKG zum Fremdrentenunrecht an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags. Hier sind m. E. deutlich größere solidarische Anstrengungen der Opferverbände und insbesondere des Dachverbandes vonnöten, um diesen inakzeptablen Rechtsbruch endlich aus der Welt zu schaffen. (Die Freiheitsglocke berichtete seit Längerem in jede Ausgabe sehr ausführlich und engagiert über den Sachverhalt – d. Red.)

In diesem Zusammenhang ist eine aktuelle Presseerklärung der UOKG vom 25. November 2021 zum vorgelegten Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung lesenswert – siehe www.uokg.de unter dem Link *Presseerklärung.*

Aus Sicht der VOS sind die in unseren Wahlprüfsteinen definierten acht politischen und sozialen Forderungen im Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode enttäuschender Weise wiederum kaum wahrnehmbar.

Den eigentlichen Schwerpunkt des Verbändetreffens bildete die Neuwahl des UOKG-Vorstandes. Der alte Vorstand einschließlich des Vorstandsvorsitzenden Dieter Dombrowski sowie die vier Beisitzer stellten sich geschlossen zur Wiederwahl und wurden mehrheitlich wiedergewählt.

Siehe hierzu die entsprechenden Beiträge auf der UOKG-Hompage www.uokg.de unter dem Sachthema *Presseerklärungen.* Meine von der VOS- Generalversammlung in Friedrichroda beschlossene Kandidatur für eine Stellvertreter- bzw. Beisitzer-Funktion war somit nicht erfolgreich.

Bei der nachfolgenden Mitgliederversammlung berichtete ich über den dritten Runden Tisch unter der Schirmherrschaft der NRW-Landesregierung am 16. November 2021 in Düsseldorf, der ganz im Zeichen der SED- Opferbeauftragten Evelyn Zupke stand, die auf Einladung von Heiko Hendriks, dem Beauftragten der NRW-Landesregierung auch für Flüchtlinge und Opfer des SED-Regimes, an dieser offenen und ermutigenden Diskussion teilgenommen hat.

*Felix Heinz Holtschke*

---

# Geburtstage

*Zweimal achtzig in NRW*

Im ersten Quartal des Jahres 2022 begehen zwei bewährte Mitwirkende des NRW-Zeitzeugen- Projektes, das von der VOS ins Leben gerufen wurde, ihren 80. Geburtstag. Dazu gehen ganz herzliche Glückwünsche an Marie-Luise Knopp in D’dorf, deren großer Tag bereits im Februar ist, und an Peter Hippe in Düren, dem wir im März gratulieren können.

Sowohl Marie-Luise wie auch Peter haben sich in manchen Veranstaltungen bewährt und finden jeweils gute Resonanz. Selbst in den Zeiten der Pandemie, wo gerade in der Zeitzeugen-Arbeit neue Anforderungen an uns herantreten, haben sie sich auf Zoom eingelassen oder sind unter konsequenter Einhaltung der Sicherheitsvorschriften zu Präsenzveranstaltungen erschienen.

Kameradin Knopp ist uns zudem durch die Bücher, die sie veröffentlicht hat und in denen sie in spannender Erzählweise über ihren Konflikt mit dem SED- Regime und die abenteuerlichen Fluchtversuche berichtet, bekannt geworden.

Peter Hippe hat in der DDR über Jahrzehnte alles versucht, gemeinsam mit seiner Frau die DDR zu verlassen und ist dabei immer wieder gedemütigt worden. Schon als Minderjähriger geriet er in extreme Verfolgungs- und Zersetzungsmaßnahmen. In der VOS ist er als Kassenprüfer gefordert und genießt – wie unsere andere nunmehr Achtzigjährige – hohes Ansehen.

Beiden sei auf diesem Wege Gesundheit und familiäres Glück gewünscht sowie viele weitere Jahre, auch in unserem Verband.

*Bundesvorstand, Redakteur*

# Es ist, als stünde ein ohnehin wankendes Schiff vor dem Untergang

*Steht die katholische Kirche schweigend, gelähmt und fassungslos vor dem Aus?*

Der Schrecken war gewaltig, als die Opfer mit ihren Schilderungen in die Öffentlichkeit gingen. Nicht nur das Geschehene verschlug einem die Sprache, sondern auch der Umgang mit den Tatsachen, mit eben diesen – man kommt um den Begriff nicht umhin – Verbrechen. Die katholische Kirche, ihre Priester, Kardinäle, vorweg der Bürger Josef Ratzinger, ehemals Papst, stehen am Pranger, weil sie das, was im Januar noch einmal in den Fokus der Medien geriet, nicht mehr unter der Soutane des Schweigens begraben sein lassen kann. Es ist das, was in Deutschland immer wieder thematisiert wird: Täterschutz, Vernachlässigung der Opfer. Die katholische Kirche demonstriert diese Situation auf klassische Weise, sie wird es schwer haben, der Misere halbwegs glimpflich zu entrinnen. Selbst wenn die Aufarbeitung glaubhafte Ergebnisse bringt, ist diese Vergangenheit nicht erloschen, sind die straffrei gebliebenen Täter noch da.

Was wird aus Herrn Ratzinger? Für die Opfer ist es eine Genugtuung, dass er noch lebt, er selbst, der Vatikan, teilen diese Ansicht vielleicht nicht. Er schweigt, er weicht aus, er ist alt, aber der Kopf ist noch intakt. Er verweigert jede Einsicht; und sollte er doch zu einem offenen Eingeständnis gelangen, so blieben die Zweifel an der Ehrlichkeit und die Frage: Tut er es, um der Kirche willen?

Diese katholische Kirche wird es nun schwer haben. Ihre Breitenwirkung, der Einfluss auf die Menschen sind ohnehin geschmolzen. Die riesigen Gebäude in den deutschen Innenstädten waren bereits vor Beginn der Pandemie nicht mehr besucht wie man das früher kannte. Gemeinden werden zusammengelegt, man sucht Männer, die sich als Priester ausbilden lassen. Bereits vor Ausbruch von Covid 19 konnte man das beobachten. Der Respekt vor den Würdigen und die Akzeptanz der Lehre und des Glaubens haben längst gelitten. Seit Aufdeckung des Luxusquartiers des damaligen Limburger Kirchenfürsten Tebartz van Elst weiß das Kirchenvolk um die Kluft zwischen „oben und unten“. Wie üblich wurde der Auffällige nicht öffentlich zur Rede gestellt oder zu einer Art Wiedergutmachung angehalten, sondern er verschwand nach Rom in den Vatikan. Wird man Josef Ratzinger nun auch in den Vatikan holen, um ihm Schutz zu gewähren?

Die Kirche hat viel geleistet, sie ist bis heute ein gesellschaftlicher Faktor, der in christlich humanistischer Selbstverständlichkeit Gutes tut. Kindergärten, Pflege- und Krankeneinrichtungen und soziale Institutionen gehören in ihren Wirkungsbereich. Es wäre unvorstellbar, sollte sie sich, wie es unausgesprochen von manchen Leuten erwartet, vielleicht erhofft wird, auflösen. Man weiß auch, dass die katholische Kirche neben der evangelischen in der DDR konsequente Opposition war. Sie hat die DDR als Staat nicht anerkannt, sie hatte mit Drangsalierungen und Zersetzungen zu kämpfen. Ihr gehörten viele gute Christen an, die sich gegen die DDR stellten.

Was wird aus der katholischen Kirche? Wenn man dreieinhalb Jahrzehnte zurückblickt, so wird man an die Situation im Ostblock erinnert. Abschnittsweise ist es, als könne man eine Schablone über das System legen. Die Verlogenheit, die Kluft zwischen den Mächtigen und Wirklichen, die Arroganz gegenüber der Basis. Honecker, ein geschlagener alter Mann, der nichts begriff und der das System erhalten wollte. Erich Mielke mit dem banal zynischen Bekenntnis, er liebe doch die Menschen. Eine Riege, blickt man auf die vierstellige Zahl der Schutzwall-Toten, von Mördern, von Gefangenenwärtern und – nämlich auch hier – von Missbrauchsverantwortlichen. Jenes Plakat („Zuviel Ehre für einen Gefängnisdirektor“), das die VOS 1987 beim Honecker-Besuch in Bonn ausrollte, zeigt einmal mehr, dass sich die Opfer mit ihren beharrlichen Mahnungen irgendwann als Wahrheitsbewahrer erweisen.

Nach mehr als dreißig Jahren Mauerfall wissen wir, dass die DDR heutigen tags penibel aufgearbeitet wird. Das Interesse ist in etwa so groß wie das Potenzial an Akten, Information und Zeugnissen. Abnehmend hingegen ist die Zahl der zur Verfügung stehenden Zeitzeugen. Die DDR liegt zeitlich weit zurück, die Opfer werden alt oder sterben. Was die Hauptverantwortlichen angeht, zeichnet sich bei der Missbrauchsaufarbeitung das ab, was wir nach dem Sturz des SED-Regimes erlebt und unter der Bezeichnung Täterschutz abgespeichert haben. Niemand ist ernsthaft und wirksam zur Rechenschaft gezogen worden. Stoph, Honecker und andere Alte meldeten sich krank oder mimten auf Demenz, Mielke kam nur wegen des Doppelmordes an einem Polizisten bei, und Egon Krenz wurde mit einem riesigen Medienrummel belohnt. Er war Freigänger und bekam Wochenend-Urlaub, und in einem Leserbrief in der Tageszeitung Neues Deutschland entschuldigte er sich für ein gewisses Schreibversäumnis, da er noch auf seinen Laptop warten müsse.

Es ist nicht damit zu rechnen, dass in der aktuellen Missbrauchsaufdeckung ein Verantwortlicher mit einer Bestrafung rechnen muss, am wenigsten der vorletzte Papst. Aber man wird tatsächlich vieles zerpflücken, vielleicht umgehender und bösartiger als bei der Aufarbeitung der DDR. Mit der Verantwortlichkeit ist es mithin so, dass man weiß, wen sie betrifft, doch man kann sie dem Betreffenden nicht ohne weiteres nachweisen. Siehe SED-Regime.

Sehr wesentlich ist stattdessen die Frage: Was wird aus der Kirche? Die Zahl der Austritte hat seit Januar 2022 noch einmal zugenommen. Selbst überzeugte Christen haben ihr den Rücken gekehrt. Ein Kern an Gläubigen hält an ihr fest. Er würde an ihr festhalten, auch wenn es sie nicht mehr gäbe. Eine Parallele übrigens zur aufgelösten DDR. Es gibt sie nicht mehr existenziell, nur im Glauben und in den Köpfen. *Tom Haltern*

# Eine Ulbricht-Parodie brachte den „Rat der Spötter“ in den Knast

*Ein Anruf des Schauspielers Peter Sodann setzt Erinnerungen an schwere Zeiten frei*

Am Dienstag, 30. November, rief Peter Sodann aus Staucha bei Dresden an und sprach mit meiner Frau Gabriele. Er hätte, erzählte er, noch Briefe von mir gefunden, ob er sie ihr zurückschicken sollte. Wahrscheinlich wollte er nur erkunden, ob ich noch lebte.

Peter Sodann saß im Februar / März 1962 in der Leipziger Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in der Beethovenstraße in meiner Nachbarzelle. Wenn morgens die Wachmannschaft das Frühstück austeilte und abgelenkt war, klopften wir gegen die Wand. Ich nahm einen Knopf der Bettwäsche zwischen die Finger, setzte mich mit dem Rücken zur Wand und stellte mich klopfend vor. Er war, so erfuhr ich, der Chef des Leipziger Studentenkabaretts „Rat der Spötter“ gewesen. Sie hätten einen Sketch im Programm gehabt, wo nach einer Tangomelodie „Stimme und Tonfall“ von Walter Ulbricht nachgeahmt worden wäre, was von der Staatssicherheit als „Verächtlichmachung Walter Ulbrichts“ eingeschätzt worden wäre. Sie wären zu fünft verhaftet worden. Er morgens um 5.30 Uhr am 9. September 1961 (wie ich auch!), weil die Stasi argwöhnte, er wollte an diesem Wochenende verreisen. Nun hatten sie aber, da nach dem Mauerbau vom 13. August 1961 unzählige „Staatsfeinde“ verhaftet worden waren, keine Zelle frei und fuhren zwei Stunden mit ihm kreuz und quer durch Leipzig.

Ich wurde gegen 11.00 Uhr auf dem Leipziger Karl-Marx-Platz verhaftet. Der DDR-Schriftsteller Christoph Hein (geboren 1944) hat darüber die Erzählung „Der Tangospieler“ (1989) geschrieben, die noch vor dem Mauerfall erschien. Es war der einzige Text der DDR-Literatur, der sich mit politischer Haft, die es offiziell nicht gab, auseinandersetzte.

Kennen gelernt habe ich Peter Sodann erst nach dem Mauerfall. Er und seine vier Kollegen vom „Rat der Spötter“ waren am 4. Juni 1962 „zur Bewährung in der Produktion“ verurteilt worden. Erich Loest sagte immer zu mir: „Sei vorsichtig, manche Leute sind Verpflichtungen eingegangen!“ Peter Sodann machte im VEB Stromanlagenbau in Leipzig eine Ausbildung zum Spitzendreher und durfte 1963 sein Schauspielstudium fortsetzen. In seinem Buch „Keine halben Sachen“ (2008) kann man das alles nachlesen. Auch Ernst Röhl (1937 bis 2015) hat ein Buch über diese Affäre geschrieben „Rat der Spötter. Das Kabarett des Peter Sodann“ (2002). Beide berichten übereinstimmend, dass einer ihrer Kabarett-Freunde, der auch verhaftet war, den Bezirksstaatsanwalt Albert H. (den auch ich hatte!) auf der Straße getroffen hätte. Sie hätten sich freundlich begrüßt und sich wechselseitig nach ihrem Wohlergehen erkundigt. Da hätte Albert H. gesagt, es ginge ihm furchtbar schlecht. Er wäre aller seiner Posten enthoben wurden, weil sein Sohn „Republikflucht“ begangen hätte.

Ich habe Peter Sodann einmal nach dem Mauerfall in Bonn getroffen, wo er mit seinem Hallenser Theater ein Gastspiel gab. Später sahen wir uns noch einmal auf der Leipziger Buchmesse. Ich fragte ihn am 1. Dezember auch, warum er 2005 nicht Bundespräsident geworden wäre, wie es die Linkspartei am 14. Oktober 2008 vorgeschlagen hätte. Da lachte er und sagte, das wäre leider schief gegangen, aber er durfte damals, auf Kosten seiner Partei, immerhin alle 16 Ministerpräsident*innen besuchen. Das hätte ihm sehr gefallen und er wäre herumgekommen im Land! Gegen Ende unseres Gesprächs erzählte ich ihm von Waldheim und meinem Mithäftling Paul Othma (1905 bis 1969), der als Streikführer in Bitterfeld am 17. Juni 1953 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden wäre. Da meinte er nur: “Ich war ein guter DDR-Bürger!“ Aha, dachte ich, es ist wie in der Inquisition: Man hat ihm vor der Folterung die Instrumente gezeigt, und da ist er zu Kreuze gekrochen! Nach 1989 war er der Kommissar Bruno Ehrlicher (1992 bis 2007) im Leipziger TATORT, im Film „Nikolaikirche“ (1995) nach Erich Loests Roman von 1995 spielte er einen Generalleutnant von der Leipziger Stasi. Seit 2012 ist er der Leiter der in Staucha (Sachsen) eröffneten Peter- Sodann-Bibliothek, wo DDR- Literatur vom 8. Mai 1945 bis 3. Oktober 1990 gesammelt wird.

*Jörg Bernhard Bilke*

**Hinweis:** Ein Kurzporträt von Peter Sodann finden Sie auf der nachfolgenden Seite 14. Weitere Informationen im Internet oder auf der Seite der Bibliothek der DDR-Literatur im Bundesland Sachsen.

# Corona legt teils VOS-Leben lahm

*Der Bundesvorsitzende über Verbandsangelegenheiten*

Eine positive Nachricht ist der Bescheid zur Finanzierung des Zeitzeugenprojektes der VOS in NRW für die Jahre 2022 und 2023. Dies ist Ausdruck für das gute Image des Projektes und die Zusammenarbeit mit der Stiftung.

Nicht ganz so glücklich sind wir mit dem internen Verbandsleben, womit die Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg gemeint ist. Zum Ende des vorigen Jahres musste zum zweiten Mal die Weihnachtsfeier der Kameradinnen und Kameraden in der Bundesgeschäftsstelle ausfallen. Hier trafen ansonsten immer viele Gruppenmitglieder zusammen, um gemeinsam den Advent zu begehen und sich über aktuelle Probleme auszutauschen. Die Pandemie ist das Übel, das uns das Verbandsleben schwer macht, und es ist nicht sicher, wie es mit den Einschränkungen weitergehen wird.

Aber denken wir auch einmal zurück an die Zeit, in der wir das Weihnachtsfest in den Zuchthäusern der DDR oder in sowjetischen Straflagern verbringen mussten. All dies ist nicht vergleichbar mit den Einschränkungen, die wir heute notgedrungen in Kauf nehmen. Unsere Freiheit ist uns dennoch geblieben, im Wort und vielfach in der Tat. Wichtig ist, dass wir in 2022 zusammenhalten und den Verband und die Aufarbeitung stärken.

*Euer Bundesvorsitzender*
*Hugo Diederich*

## Vom Tatort-Kommissar zur Kandidatur als Bundespräsident

*Der Schauspieler und frühere politische Häftlinge Peter Sodann – Kurzporträt*

Peter Sodann ist den Deutschen vor allem durch zwei Aktivitäten bekannt geworden. In seiner Rolle als Tatort-Kommissar Bruno Ehrlicher kam er seit 1992 etliche Male in der damals noch populären ARD-Reihe zum Einsatz. Mit seiner täppischen, zuweilen steifen Gestik und der sächsisch gefärbten Sprechweise war er das kleinkalibrige Pendant zum Draufgänger Götz George in der Rolle des zuweilen ordinären Horst Schimanski, erreichte jedoch auch nicht die Wirkung eines schrullig hausbacken daher kommenden Gustl Bayrhammer als urtypischer bayrischer Polizeikommissar Melchior Veigl.

Immerhin durfte er die Ehrlicher-Rolle 15 Jahre einnehmen und ist er auch heute noch in nächtlichen Tatort- Wiederholungen und in Beiträgen der Mediathek zu sehen. Trotz seiner Inhaftierung und des ursprünglichen Urteils von zehn Jahren Haft, das später auf vier Jahre Bewährung in der Produktion herabgesetzt wurde, die man wiederum verkürzte, hielt er sich nach dem Mauerfall in der Nähe der PDS auf, für die er sich in 2005 als Kandidat für die Wahl des Bundespräsidenten aufstellen ließ. Auf Drängen der Öffentlichkeit und anderer Mitbewerber zog er die Kandidatur jedoch zeitig zurück. Es hieß, seine Popularität durch die Fernsehrollen verschafften ihm Vorteile gegenüber konkurrierenden Kandidaten.

Dass dies zutraf und er wirklich eine Chance auf den Wahlsieg gehabt hätte, wurde von vielen Seiten angezweifelt. Seine teils wenig sprudelnde Rhetorik und eine gewisse Unbeholfenheit im Auftreten, so hieß es aus den gegnerischen Lagern, wären zudem ohnehin schlechte Voraussetzungen für die Ausübung des höchsten deutschen politischen Amtes.

Ungeachtet dessen ist Peter Sodann ein EHRLICHER und ein keineswegs unsympathischer Zeit-Genosse gewesen und geblieben, wobei die Bezeichnung Genosse in diesem Zusammenhang nicht von ungefähr kommt und hier sicherlich ein klärendes Wort guttun würde. Immer noch weiß man nicht, nach welcher Seite sich der ostdeutsche Schauspieler orientiert. Steht er auf der Seite der ehemaligen politischen Häftlinge, oder sieht er seine damalige keineswegs milde Haftstrafe, der zunächst ein unmenschliches Urteil vorausging, als persönlichen Ausrutscher an, den er dem gnadenlosen SED-Regime schon früh nicht mehr anlastete?

*B. Thonn*

## Nach langem Kampf nun doch nicht mehr unter uns

*Rainer Buchwald im Dezember 2021 verstorben. Nachruf eines Freunde und Kameraden*

Nach langer, schwerer Krankheit ist am 15. Dezember 2021 unser Kamerad Rainer Buchwald, fast alle nannten ihn Buchi, verstorben. Bis zum Schluss hat er sich zutiefst mit der VOS verbunden gefühlt, was sich auch darin ausdrückte, dass er sich bei jeder Gelegenheit für den Verband nützlich zu machen suchte und sich mit aller Kraft für die Aufarbeitung des SED-Unrechts einsetzte.

Als Kind durchlief er verschiedene Spezialkinderheime, lernte danach den Jugendwerkhof und im Erwachsenen-Alter die Haftanstalten der DDR kennen. Dazu gehörten das Jugendarbeitslager in Rüdersdorf, wo er früh schon Zwangsarbeit verrichten musste, sowie die Zuchthäuer Bützow und Bautzen. Nach der Wiedervereinigung wurden seine Strafen für ungültig erklärt und er in allen Fällen rehabilitiert.

Buchis besonderes Anliegen waren die Aufarbeitung des Unrechts und die Pflege der Erinnerungsarbeit, wofür er sich unermüdlich einsetzte. Sei es die Anbringung einer Stele am „Kindergefängnis“ in Alt-Stralau oder die Gestaltung eines Gedenkortes am Rodeliusplatz in Berlin-Lichtenberg. Man fand ihn bei sehr vielen Veranstaltungen, die der Aufarbeitung des DDR-Unrechts dienten. Hier stritt er stets für die Rechte und die Rehabilitierung der Opfer.

Vom Mai 2010 bis zu seinem Tod war er stellvertretender Landesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, vom 3. März 2015 bis zum 31. Mai 2021 übernahm er die Verantwortung als stellvertretender Bundesvorsitzender und Schatzmeister der Bundes-VOS.

Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen, womit seine Witwe Sieglinde, die Kinder und Enkelkinder gemeint sind. Ihnen wünschen wir Kraft und Mut.

Und an dich, Buchi, ein letzter Gruß und die Gewissheit: Wir vermissen dich, im Geiste und in der Erinnerung wirst du uns stets präsent sein

*Der Bundesvorsitzende*
*Dein Kamerad Hugo Diederich*
*im Namen des Verbandes*
*Berlin, 19.Dezember 2022*

***Das Foto** zeigt einen streitlustigen Rainer Buchwald (2. V. r.) gemeinsam mit Frieder Weiße, Hartmut Richter, Mario Röllig und Clemens Lindenau bei einer Protestaktion für die Opferrente (© VOS)*

# Die Maßnahmen der Aufklärung sollten viel umfassender sein

*Wie die DDR gegen Israel arbeitete und die militärische Flanke der Palästinenser stärkte*

Bis zu ihrem Sturz führte die SED-Diktatur einen „unerklärten Krieg“ gegen Israel. Tausendfach schickte das kleine sozialistische Deutschland (DDR) Waffen an die erbittertsten Gegner des jüdischen Staates. Dann jedoch stimmten am 12. April 1990 in der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR 379 von insgesamt 400 Abgeordneten dafür, beim Volk in Israel für die jahrzehntelange Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik um Verzeihung zu bitten. Am 22. Juli 1990 folgte ein weiterer Volkskammerbeschluss, indem man sich in aller Form von der jahrzehntelang praktizierten antiisraelischen und antizionistischen Politik der DDR distanzierte. Die inzwischen zur PDS (heute: Die Linke) umbenannte SED enthielt sich mehrheitlich.

Der US-amerikanische Historiker Jeffrey Herf von der Universität Maryland kommt in seiner 2016 erschienenen und 2019 ins Deutsche übersetzten Studie sogar zu dem Schluss, dass die Politik der DDR gegenüber Israel einem „unerklärten Krieg“ gleichgekommen sei. Womöglich, so schreibt der Professor, sei der SED-Staat „die zweite antisemitische Diktatur im Deutschland des 20. Jahrhunderts“ gewesen.

Während DDR-Politiker sich in der Öffentlichkeit um eine Rhetorik der Mäßigung bemühten, lieferte der SED-Staat im Verborgenen Hunderttausende Waffen an arabische Staaten und terroristische Palästinenserorganisationen wie die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO). Diese hatten sich allesamt auf die Fahnen geschrieben, Israel zu vernichten. Hinzu kamen Reparaturdienste sowie die Ausbildung arabischer Kämpfer und Versorgung mit medizinischen Gütern. Weitere Beispiele ließen sich in nicht geringer Zahl aufführen.

In seiner Studie kommt Herf zu dem Ergebnis, dass der Antizionismus der DDR „ebenso eine Angelegenheit der ideologischen Überzeugung wie des nationalen Interesses“ gewesen sei. Während sich der real existierende Sozialismus inhaltlich problemlos mit der marxistischen und sozialistischen Ausrichtung der wichtigen palästinensischen Terror-Organisationen und dem eigenen Antizionismus vereinbaren ließ, diente die feindliche Haltung gegenüber Israel gleichzeitig der außenpolitischen Befreiung DDR-Deutschlands.

Die feindliche Haltung der DDR gegenüber dem jüdischen Staat brachte ihr rasch Anerkennung in der arabischen Welt ein.

## Jahres-Tage

Bereits das zeigt, dass die antiisraelische Politik der DDR nicht nur dem Gehorsam gegenüber dem großen Bruder Sowjetunion geschuldet war. Vielmehr legten ausgerechnet die deutschen Sozialisten einen ganz eigenen antizionistischen Eifer an den Tag. So war die DDR 1973 der erste Staat in Europa, der eine offizielle Vertretung der PLO auf seinem Territorium zuließ. Ein ums andere Mal kam Jasser Arafat persönlich ins sozialistische Deutschland (DDR) gereist, etwa 1972/3. Im Jahr 1989 nahm er an den Feierlichkeiten zum 40-jährigen DDR-Jubiläum teil. Gleichzeitig war die SED-Diktatur eines Erich Honecker der einzige Vertreter des Ostblocks, der zu keinem Zeitpunkt diplomatische Beziehungen zu Israel pflegte und seine Jugend nach dem leicht anwendbaren ideologischen Prinzip >Pro Palästina, Contra Israel< programmierte.

Heute meint man, dass der Israelhass der SED-Diktatur weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Doch die Wurzel des heutigen Antisemitismus in „Ost“deutschland, ist auch in der jahrzehntelangen Propaganda der DDR zu suchen. Auch in Westdeutschland kommt es mittlerweile häufiger zu antiisraelischen Demonstrationen und Angriffen auf Menschen, die eine Kippa tragen.

Die Partei Die Linke, die rechtsidentisch mit der SED ist, und westdeutsche „Sozialisten“ haben bis heute ein ungeklärtes Verhältnis zum jüdischen Staat. Doch auch in der Mitte der Gesellschaft sind die antizionistischen Muster weit verbreitet. Dies kommt auch durch eine verzerrte mediale Berichterstattung zustande, die Israel häufig als Aggressor erscheinen lässt, wenn es, nachdem es zu oftmals brutalen Terroranschlägen oder Raketenangriffen gekommen war, mit Gegenschlägen reagiert. Wen verwundert es also immer noch, dass Antisemitismus in Deutschland und weltweit verbreitet ist. Wo sind die pädagogischen Konzepte, wo bleibt die geschichtliche Aufklärung? Die Informationen und der Lehrstoff über die Gräuel des Holocaust können Jugendliche zwar sensibel machen für die Gefahren des Antisemitismus, aber sie sind absolut noch keine Immunisierung. Die Maßnahmen der Aufklärung müssen umfassender sein!

*André Rohloff*

---

# Ein Tag für die Erde

*Die Luft wird dünner. Die Statistik kann es uns beweisen*

Eine andere Art Jahrestag steht uns in diesem Jahr noch bevor. Er hat mit dem Klima zu tun und ist eher vor- als rückwärtsgewandt gerichtet, er beleuchtet den Stand im Jahreslauf, an dem die möglichen natürlichen Ressourcen der Erde für dieses Jahr verbraucht wurden. Es ist der *Earth overshoot day.* Im vorigen Jahr war dies der 29. Juli. Mit anderen Worten hätten ab diesem Datum nur noch geringfügig Rohstoffe abgebaut und verbraucht werden dürfen. Deutschland steht in der Reihe der Meistverbraucher weit vorn. Lediglich die flächenmäßig kleinen Länder Luxemburg und Katar liegen vor uns. Für Luxemburg hätte der Rohstoffabbau im Jahr 2021 bereits im Februar enden müssen.

Interessant ist die Statistik. In der Phase, da es die Sowjetunion und den Ostblock gab, war die Bilanz zunächst positiv. Es blieben sogar Ressourcen übrig und der Ausstoß an CO2 war noch nicht so weit vorangeschritten. Indes ist nicht abgesichert, dass auch die sozialistischen Staaten Angaben machten bzw. dass diese ehrlich waren. Man erfuhr auch sonst wenig über interne Verschmutzungen.

*B. Thonn*

## Bis ins hohe Alter aktiv mitgewirkt

*VOS Sachsen trauert um Johannes Kirsch*

**N a c h r u f**

Der Ehrenvorsitzende der VOS Chemnitz Johannes Kirsch verstarb am 18. Dezember 2021 im Alter von 91 Jahren. Als Vorstandsmitglied der VOS- Bezirksgruppe Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg und als Mitglied im Bautzen-Komitee engagierte sich Johannes Kirsch beharrlich und besonnen für die Aufarbeitung des in der SBZ und in der DDR verübten Unrechts an unschuldigen Menschen.

Die Errichtung der Gedenkstele auf dem Kaßberg in Chemnitz wäre ohne ihn nicht denkbar gewesen. Die VOS Chemnitz und der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V. halten dort jedes Jahr ihre gemeinsame Gedenkveranstaltung zum 17. Juni ab.

Am 17. März 1950 verurteilte ein Sowjetisches Militärtribunal Johannes Kirsch wegen angeblicher Militärspionage zu 20 Jahren Arbeitslager, weil er in einem Brief an seinen Onkel in Hamburg über das Leben in der Ostzone und – mehr aus Mitleid – über Soldaten der Roten Armee berichtete, die in seinem Heimatort stationiert waren und bei jedem Wetter durch Oberlungwitz marschieren mussten. Nach der Verurteilung folgten Haftstationen im Gelben Elend in Bautzen und in Waldheim.

Johannes Kirsch erlebte kurz nach seiner Ankunft in Bautzen den Häftlingsaufstand mit, bei dessen brutaler Niederschlagung er selbst verletzt wurde. Er erinnerte sich sehr genau an die miserablen Haftbedingungen, aber auch an den hilfsbereiten Mathelehrer, von dem er in dieser Zeit viel lernte.

Es zeichnete ihn aus, dass er seine Klugheit mit Bedacht einsetzte. So übermittelte er in Briefen an seine Mutter geheime Botschaften, indem er sie bat, den Fleischer und den Bestatter im Ort zu grüßen. Damit deutete er die Zustände im Gefängnis an.

Seine Entlassung erfolgte am 16. Januar 1954. Die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitierte ihn im Jahr 2013. Johannes Kirsch wurde für seine Korrektheit und Weitsicht von den Kameradinnen und Kameraden sehr geschätzt. Sein Wirken galt bis ins hohe Alter der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz und dem Bautzen-Komitee. Er wird uns unvergesslich in Erinnerung bleiben.

*VOS Chemnitz, Landesverband Sachsen*
*Der Bundesvorstand der VOS, Der Redakteur*

## Memorial International darf nicht verboten werden

*Erklärung der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur anlässlich der drohenden Auflösung der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial International.*

Die Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur sehen das Vorgehen der russischen Behörden gegen die Menschenrechtsorganisation Memorial International mit großer Sorge. Sie halten die Vorwürfe gegen Memorial für politisch motiviert und befürchten, dass die Organisation unter fadenscheinigen Begründungen mundtot gemacht werden soll.

Die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation wirft der Organisation haltlose Gesetzesverstöße vor und hat die Auflösung von Memorial International beantragt. Die Entscheidung darüber soll am heutigen Donnerstag (Dezember 2021 – d. Red.) fallen. Bereits am 23. November hat ein Moskauer Gericht über die Auflösung des Menschenrechtszentrums Memorial verhandelt.

Memorial hat über Jahre wertvolle Aufklärungsarbeit geleistet und sich große Verdienste um die wissenschaftliche Aufarbeitung von Staatsterror und politischer Verfolgung in der Sowjetunion erworben. Memorial hat dabei die Aufklärung vieler deutscher Schicksale unterstützt und die deutsch-russische Versöhnung geprägt. Die Organisation setzt sich zudem seit langem für die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte im heutigen Russland ein. Gleichzeitig ist sie ein wichtiger Kooperationspartner für Aufarbeitungsinitiativen in ganz Europa.

Die Landesbeauftragten appellieren an die Bundesregierung, sich für Memorial einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass die Verfahren gegen Memorial International und das Menschenrechtszentrum Memorial eingestellt werden. Sie fordern zugleich die Abgeordneten des Deutschen Bundestags und die Europäische Union auf, sich energisch für den Schutz von Memorial und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzusetzen.

**Tom Sello**, Berliner Beauftragter
**Dr. Maria Nooke**, Beauftragte des Landes Brandenburg
**Anne Drescher**, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern
**Dr. Nancy Aris**, Sächsische Landesbeauftragte
**Birgit Neumann-Becker**, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt
**Dr. Peter Wurschi**, Thüringer Landesbeauftragter

*Übermittelt: Magdalena Ermlich, Stellvertretende Landesbeauftragte Sachsen*

**Das Zitat:**

„Wir leben alle unter dem gleichen Himmel, aber wir haben nicht alle den gleichen Horizont.“
Konrad Adenauer 1876 bis 1967. Quelle: Internet

## Bundesstiftung bleibt mit Vielzahl an Angeboten Ansprechpartner

*Aufarbeitung des SED-Unrechts hat viele Facetten und viele Mitwirkende. Immer wieder Veranstaltungen, die uns interessieren*

(FG/Stiftung) Trotz der leider wieder schnell ansteigenden Corona-Zahlen und der nach wie vor nicht absehbaren Entwicklungen in 2022 sind wir mit unseren Angeboten immer, meist digital für Sie da. Daher möchten wir auch im neuen Jahr ein breites Programm bieten, um die Erinnerung an die Repression, das staatliche Unrecht und die Opfer in der kommunistischen Herrschaft sowie an die deutsche und europäische Teilung und deren Folgen wachzuhalten.

In diesem Jahr jährt sich die Einsetzung der ersten Enquete- Kommission des Deutschen Bundestages zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ zum 30. Mal. Für uns ist dies Anlass, Bilanz zu ziehen: Was wurde bei der Aufarbeitung bislang erreicht? Welche Fragen sind offen und welche müssen künftig stärker als bisher behandelt werden.

Natürlich setzen wir uns auch weiterhin konkret mit Repression und Verfolgung während der kommunistischen Herrschaft auseinander. Angesichts der sich in diesem Jahr jährenden Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze werden wir mit verschiedenen Beiträgen an die Abriegelung der innerdeutschen Grenze durch die DDR vor 70 Jahren erinnern, bei der rund 12.000 Menschen über Nacht während der Aktionen „Grenze“ und „Ungeziefer“ ohne Vorwarnung aus ihrer grenznahen Heimat vertrieben worden sind.

Erinnern möchten wir aber auch an die 20 Jahre später gleichfalls mit Schikanen, Zwang und Repressionen beendete „Verstaatlichungskampagne“, wie die Enteignung der letzten privaten Unternehmen in der DDR beschönigend genannt wurde. Dies hatte wie schon bei den Enteignungen in der Landwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie im produzierenden Gewerbe in den Jahrzehnten zuvor einen Rückgang der Produktion und Versorgungsengpässe zur Folge.

Auftakt der diesjährigen Veranstaltungsreihe „Wir müssen reden!“ war am 20. Januar um 18:00 Uhr eine Online-Diskussion über das Demokratieverständnis in Ost und West. Mit Demokratieforscher Wolfgang Merkel und dem Soziologen Steffen Mau. Diskutiert wurde die Frage ob sich angesichts der Diktatur- und Transformationserfahrungen im Osten Deutschlands grundlegende Unterschiede zwischen „alten“ und „neuen“ Bundesländern feststellen lassen und unsere Demokratie vielleicht in einer Krise steckt.

Die aktuellen Meldungen und Informationen finden sich auf www.bundesstiftung-aufarbeitung.de (Homepage), auf https://de-de.facebook.com/Bundesstiftung Aufarbeitung/ (Facebook) und https://twitter.com/ BAufarbeitung (Twitter). Weiterhin gibt es den regelmäßigen Newsletter, der unter: https://www. bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/start abonniert werden kann. *Dr. Anna Kaminsky*

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5, 10117 Berlin, Fon: +49 (30) 31 98 95-0 | Fax: +49 (30) 31 98 95-210

## Herr Bundeskanzler: Das ist eher peinlich als überzeugend

*IDEF-Vorsitzender Holdefleiß konfrontiert den neuen Kanzler mit harten Argumenten*

**Hartnäckig und unverdrossen, wie wir das kennen, hält IDF-Vorsitzender Dr. Jürgen Holdefleiß an dem gemeinsamen Ziel, das Rentenunrecht gegen „Alt-Übersiedler“, wozu auch ehemalige politische Häftlinge gehören, zu beseitigen. Mit einem neuerlichen Brief – nachstehend zu lesen – vom Januar 2022 wendet er sich an unseren Bundeskanzler Olaf Scholz.**

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler, in Ihrer Neujahrsansprache sprachen Sie von dem „*reibungslosen, fast freundschaftlichen Übergang von der alten Bundesregierung zur neuen*“. Das sei ein gutes Zeichen für die Stärke unserer Gesellschaft.

Eine kritische Anmerkung zu dieser Ihrer Sicht sei gestattet. Sie kennen das Thema, das die Klasse der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller und aus politischer Haft Freigekauften umtreibt: „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte rückwirkende und nachträgliche Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“. Ein Dauerkonflikt mit der alten Bundesregierung. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die wir als Interessengemeinschaft ehemaliger DDR- Flüchtlinge e.V. in den 4 Legislaturperioden Merkel machen mussten, lässt Ihre allzu euphemistische Beurteilung des Übergangs unserem Optimismus wenig Raum.

Sie wissen, dass die unionsgeführten Vorgängerregierungen sich konsequent geweigert haben, den Konflikt als Beschwerde zu begreifen. Als Beschwerde gegen die Verletzung rechtsstaatlicher Normen zu Lasten einer konkret definierten Klasse von Mitbürgern. Sie werden sich erinnern, dass Ihre Partei in der 16. und 17. Legislaturperiode (SPD in Opposition) sich sehr klar positioniert und deutlich engagiert hatte, den Konflikt sauber und korrekt zu lösen.

Dann allerdings hat sich die SPD in der 18. und 19. Legislaturperiode als Juniorpartnerin der Union in dieser Angelegenheit der Dominanz der Union untergeordnet. Der unverhoffte Positionswechsel war eher peinlich als überzeugend.

Es ist angebracht, Sie daran zu erinnern, dass Sie im Schreiben der SPD-Landesorganisation Hamburg vom 28.09. 2017 haben erklären lassen: „*Sie weisen zu Recht auf eine Gesetzeslücke hin, … die zu Ihren Ungunsten ausgelegt wurde. … Die SPD setzt sich seit ihrer Gründung für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ein. Das sind drei Werte, die es weiterhin in unserer Gesellschaft zu verteidigen und zu erkämpfen gilt. Ihr Anliegen ist dafür das beste Beispiel: Sie wurden nicht gerecht behandelt.*“

Wir erwarten von der SPD als Seniorpartnerin der Ampelkoalition, dass sie die von Ihnen selbst festgestellte Gesetzeslücke beseitigt. Dies umso mehr, als auch Herr MdB Hubertus Heil (weiterhin Arbeitsminister – d. Red.) sich bereits vor seiner Zeit als zuständiger Minister mehrfach für eine Lösung im Sinne der Betroffenen positioniert hat.

*Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß (Vorsitzender IEDF)*

# „Das Unglaubliche geschah, ich wurde einstimmig zum Vollmitglied“

*Teil zwei der Poesie-Posse um den Leipziger Studierenden Siegmar Faust aus dem Jahr 1966*

**In der vorigen Ausgabe der Freiheitsglocke berichtete der ehemalige politische Häftling der DDR Siegmar Faust, wie er bereits während seiner Studienzeit in Leipzig wegen seiner ungezügelten, wenn auch harmlosen Poesie mit den humor- und gnadenlosen Ideologen der SED in Konflikt geriet und somit frühzeitig den Stempel des späteren Dissidenten und Widerständlers aufgedrückt bekam. Was ihm widerfuhr, ist indessen kein Einzelfall. Anderen zeitkritischen Geistern erging es nicht besser, auch sie lernten gründlich kennen, was das Gegenteil eines demokratischen Staates ausmacht.**

**Bitte lesen Sie nachfolgend den zweiten und abschließenden Teil der schaurig kurios anmutenden Story, die uns der Autor hier vorlegt.**

Die meisten meiner Kommilitonen waren entrüstet, drei davon, mit denen ich mich am besten verstand, darunter auch Friederike T. und Jens Schr., traten mir zuliebe in die SED ein, weil ich noch immer den sturen Helden spielte und sagte, dass ich keine Angst vor der Arbeiterklasse habe, der ich – auf meines Weise – sehr gerne diene. Außerdem sei der Sozialismus noch keine perfekte Endform, da kommen schon noch solche Missverständnisse oder Fehler vor, aber ich mache niemandem einen Vorwurf, sondern werde durch gute Arbeit beweisen, wo ich stehe.

Das imponierte auch den anderen Genossen unserer Parteigruppe. Schade war nur, dass ich mit Frank H. und einem anderen Kommilitonen gerade eine private Unterkunft in einem Hinterhofgebäude über einem Pferdestall der Brandvorwerkstraße gefunden hatte. Beide versprachen mir, mein altes Sofabett in einem Zimmer zu reservieren – bis ich wiederkäme.

Eigentlich war das Jahr meiner Kandidatur herum, und es hätte darüber entschieden werden müssen, ob ich es wert sei, in die Vorhutpartei der Arbeiterklasse aufgenommen zu werden oder als Kandidat zu streichen sei. Nichts passierte, ich rührte mich auch nicht. Dr. M., der später als Chefredakteur und Herausgeber des Allgemeinen Künstlerlexikons bekannt wurde, wollte mir sogar einen Job in einem Leipziger Verlag vermitteln, was aber daran scheiterte, dass ich keine Zuzugsgenehmigung für Leipzig bekam.

Nachdem in Leipzig für die Studenten und Professoren die sommerlichen Semesterferien zu Ende waren, beorderte mich die Parteileitung des Instituts für Kunsterziehung noch einmal zu sich, da man nun offenbar bemerkt hatte, meine einjährige SED- Kandidatenzeit längst überschritten war.

**Noch wusste ich nicht, dass die SED-Kreisleitung in der nächsten Instanz meine Aufnahme ablehnte.**

Die Genossen mussten sich nun für oder gegen mich entscheiden. Mir war klar, dass sie mich, nachdem ich zur Bewährung in die Produktion geschickt worden war, weil ich nicht dem Bild einer sozialistischen Studentenpersönlichkeit entsprach, nicht mit einer Aufnahme in die SED belohnen können.

Erstaunlicherweise machten es sich die Genossen Dozenten und Studenten nicht leicht, sondern durchforsteten mein gesamtes Wirken an der Uni durch zwei Semester hindurch – und siehe: es kristallisierte sich heraus, dass ich zwar zu Missverständnissen Anlässe geboten hätte, auch provokatorisch aufgetreten sei, doch subjektiv stets im Sinne der Partei und zum Wohle der Gemeinschaft zu handeln bestrebt war. Das Unglaubliche geschah, ich wurde einstimmig als Vollmitglied aufgenommen. Sogar der mir unsympathische Dozent R. hatte nicht gegen mich gestimmt, sich nicht einmal der Stimme enthalten. Ich war, um es unpoetisch zu formulieren, baff!

Mit dem Blumenstrauß bekam ich aus der Hand des Parteisekretärs Dr. Sowieso jedoch gleichzeitig aus seinem Mund eine Parteirüge erteilt. So viel Parteilichkeit musste sein. Nun fühlte ich mich wenigstens nicht mehr verkannt. Noch wusste ich allerdings nicht, dass in der nächsten Instanz die SED-Kreisleitung meine Aufnahme ablehnte, ohne mit mir gesprochen zu haben.

Bis zur gewaltsamen Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 eierte ich ideologisch – noch immer an einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ glaubend – zwischen allen möglichen Linksfronten herum. Die sprichwörtliche sozialistische Menschenliebe bekam ich erst ab Herbst 1972 zu spüren, nachdem ich mich anschließend für 17 Monate in Stasi-Haftanstalten inklusive sieben Wochen „Klapsmühle“ in Waldheim und anschließend 16 Monate im Strafvollzug Cottbus aufhalten durfte. Nirgendwo konnte ich mich bisher so intensiv mit mir selber beschäftigen als in den insgesamt 742 Tagen Einzelhaft.

Irgendwann in diesem Herbst 1965, wahrscheinlich als ich noch mal nach Leipzig gefahren war, sah ich auf der Dokumentarfilmwoche den schon erwähnten sowjetischen Film „Der gewöhnliche Faschismus“ von Michail Romm.

Was ich da sah, das kam mir alles so bekannt vor, als wäre ich dabei gewesen. Dieser Dokumentarfilm, raffiniert aus vielen Originalaufnahmen aus dem Dritten Reich zusammengestellt, ging dem Alltagsphänomen des Nationalsozialismus auf die Spur und zeigte in seiner psychologischen Dimension, wie der Normalmensch für eine totalitäre Idee begeistert werden konnte.

Ich wollte mir keine Parallelen zur erlebten Gegenwart eingestehen, aber es ging nicht, sie drängten sich einfach zu deutlich auf. Selten war ich so verunsichert wie in dieser Situation.

Dieser Romm-Film wurde nach seinem großen Erfolg auf dem Leipziger Festival rasch nach einem Anruf aus dem ZK abgesetzt.

→ *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite*

Er blieb bis zum Ende des „Friedensstaates DDR“ verboten. Er könne, wie es in einem Aktenvermerk hieß: *...im Hinblick auf einige äußere Erscheinungsformen (...) fehlinterpretiert werden.*

In der Deutschen Bücherei zu Leipzig kam ich eines Tages, wohl eher aus Versehen, an eine linke Westzeitschrift heran, in der ein Aufsatz über den Anarchismus zu lesen war. Bücher zu diesem Thema gehörten ansonsten zur Sperrliteratur, volkstümlich auch Giftliteratur genannt. Hier erfuhr ich etwas über einen Sergei Netschajew (1847 bis 1882), der, ohne Student zu sein, Vorlesungen an der Petersburger Uni besucht hatte, wo er die Ideen Michail Bakunins und der Dekabristen kennenlernte. 1869 ließ er das Gerücht verbreiten, er sei in St. Petersburg festgenommen worden und flüchtete nach Genf. Dort gab er sich als Leiter einer revolutionären Organisation aus, der aus der Peter-und-Paul-Festung geflohen sei. Hier begann seine Freundschaft mit Michail Bakunin.

Netschajew verfasste in Genf ein Programm, das er den „Revolutionären Katechismus“ nannte und der anschließend auch in Russland verbreitet wurde.

Ein halbes Jahr später kehrte er nach Russland zurück und gründete dort die Geheimorganisation „Volksrache“. Als ein Mitglied aufgrund von Meinungsverschiedenheiten die Gruppe verließ, wurde er von Netschajew und seinen Kumpeln verprügelt und erschossen. Drei Jahre später schilderte Dostojewski dieses Ereignis in seinem Roman „Die Dämonen“. Darin schmiedeten die Verschwörer Pläne für den grundsätzlichen Neuanfang: *Ein Zehntel erhält Freiheit der Person und unbegrenzte Macht über die restlichen neun Zehntel. Die wiederum sollen ihre Persönlichkeit verlieren, zu einer Herde werden und dann, bei unbegrenzter Unterwerfung, durch eine Reihe von Neugeburten die Unschuld der Urzeit erlangen, wobei sie allerdings arbeiten müssen.*

Und was ist bzw. war dazu nötig? Natürlich die „Umerziehung ganzer Generationen“. Höhere Bildung ist ebenso abzuschaffen wie die Familie, Eigentum und alle Privatheit. Gefordert wird außerdem: *Schließt schleunigst die Kirchen, beseitigt Gott, brecht die Ehen, fort mit dem Erbrecht, greift zum Messer.*

**„Alles Käse, Genossen. Hinrichten.“**

Jean-Paul Sartre, der als Philosoph und Schriftsteller zum Vordenker und Hauptvertreter des Existentialismus gekürt wurde und (an sich bis heute) als Paradefigur der französischen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts galt (und gilt), verteidigte die brutalen Maßnahmen des chinesischen Staatsführers Mao Dsedong in dessen Land: *Ein revolutionäres Regime muss eine gewisse Zahl von Individuen, die es bedrohen, loswerden, und ich sehe dafür keine andere Möglichkeit als den Tod.*

Denn sittlich ist schließlich alles, was der Revolution dient samt radikaler Zerstörungen und systematischer Massenhinrichtungen. Wie jedoch lässt sich das rechtfertigen? Nur durch eine „fanatische Menschenliebe“.

Einer, der die Menschen im Sinne des Wortes fanatisch liebte, war auch der DDR-Stasi-Minister und das Politbüro-Mitglied Erich Mielke, der sich 1982 vor seinen Genossen zu der Frage, ob auf den Vollzug der Todesstrafe gegen abtrünnige Mitarbeiter seines Ministeriums aus humanitären Gründen verzichtet werden sollte, deutlich äußerte: „Alles Käse, Genossen. Hinrichten.“

Hingerichtet wurden vorwiegend und konsequent in Ungnade gefallene eigene Stasi-Mitarbeiter. Das oberste Gebot hieß dabei: strikte Geheimhaltung. Was stand anschließend auf den Todesscheinen? „Kreislaufversagen“ oder „Herzinfarkt“.

Doch seine fanatische Menschenliebe durfte er noch am Ende des Arbeiter-und-Mauern-Staates bei seinem letzten Auftritt in der Volkskammer am 13. November 1989 deutlich zum Ausdruck bringen. Der Klassiker ist uns allen in Erinnerung: „Ich liebe – ich liebe doch alle – alle Menschen…“

*Siegmar Faust*

# Wünsche Grüße Gedanken

Wir werden alle nicht jünger – eine alltägliche Weisheit, an der aber gerade wir nicht vorbeikommen. Daher ist es wichtig, manchmal innezuhalten und an jene zu denken, die mittlerweile von uns gegangen sind. Auch die Kameradinnen und Kameraden, die gesundheitliche Probleme haben, sollen nicht vergessen sein. An alle diese denken wir, ob als Gemeinschaft oder im Einzelnen.

Kürzlich verstorben sind Rolf-Dieter Weske (Foto), Angelika Krahn oder „Buchi“ Rainer Buchwald.

Wir vermissen sie und wir teilen mit den Hinterbliebenen deren großen Schmerz. Einen schweren Verlust hat unser Vorstandsmitglied Felix-Heinz Holtschke erlitten. Auch hier fühlen wir mit.

Im Januar wurde Kamerad Gustav Rust ins Krankenhaus eingeliefert. Er ist inzwischen 82 Jahre. Gustav hat viel für die Aufarbeitung und den Verband getan, ohne sich dabei aufzuspielen. Er hat Bücher veröffentlicht und sich um Gräber und Gedenkkreuze gekümmert. So knorrig er uns manchmal erschien, hat er doch eine hohe soziale Kompetenz. In einem aufmunternden Anschreiben des Bundesvorsitzenden heißt es: „Lieber Gustav, lass dich nicht unterkriegen, allerdings kenne ich das auch nicht von Dir.“

Dem schließen wir uns an.

*Bundesvorstand, Redakteur*

# Das ist geradezu unglaublich, und doch ist es die Wahrheit

*Studie über das MfS-Killer-Kommando zeigt die Gefährlichkeit des „Sicherheitsorgans“*

Es hat lange gedauert, bis nach Öffnung der Akten angefangen wurde, die Verbrechen der Staatssicherheit der DDR aufzuarbeiten. Es ist jedoch folgerichtig, denn nachdem, was wir bereits wissen, ist die Studie "Anleitung zu Mord und Entführung", wo 180 Dissertationen der Stasi Hochschule Potsdam unter die Lupe genommen wurden, eine gute Grundlage für die weitere Aufarbeitung.

In den Dissertationen wurde zum Beispiel die Wirkungsweise verschiedener Gifte referiert. Das Ziel lautete, Gegner des Kommunismus für immer auszuschalten. Es steht fest, dass diese MfS-Arbeiten für die Praxis geschrieben wurden und ihre Anwendung zur Eliminierung "antisozialistischer Subjekte" zum Einsatz kamen.

Auf den darauffolgenden sieben Seiten sind die einzelnen Einsatz- und Anwendungsgebiete ausführlich beschrieben. Die dortigen Anwendungsmethoden haben mutmaßlich zum Tot oder zum Selbstmord von Verfolgten geführt.

Eine weitere Abhandlung von Thomas Auerbach befasst sich mit der Frage „Liquidierung gleich Mord? Die Pläne für die politisch motivierten Morde sind in den Akten der Staatssicherheit mehrfach überliefert. Daher kann man davon ausgehen, dass die physische Vernichtung als Mittel in der Auseinandersetzung mit inneren und äußeren Feinden durchaus in Erwägung gezogen wurde.

Der Autor beschäftigt sich im Weiteren ebenfalls mit z. B. Liquidierung als Mittel im Terrorkampf gegen die Bundesregierung. Der Leser geht davon aus, dass sowohl die Doktorarbeiten der Staatssicherheit der DDR als auch andere MfS-Unterlagen zur praktischen Anwendung eingesetzt wurden!

Dass nach 32 Jahren ein Buch erscheint, das sich mit politischen Morden in der DDR befasst, ist bezeichnend. Hatte doch die DDR alles unternommen, auch Morde an Systemkritikern, geheim und ohne Spuren zu hinterlassen, zu verüben, um dadurch den Sozialismus auf deutschem Boden und die Vorherrschaft der Sowjetunion für immer zu erhalten.

Außer der Liquidierung einer kleinen, prominenten Gruppe (Beispiel Lutz Eigendorf) ist bis heute wenig über politisch motivierte Morde bekannt. Trotzdem wäre es notwendig, diese eklatanten Tötungsdelikte und die hierzu geschaffenen Bedingungen sowie das gesellschaftliche Milieu in der Zeit der DDR noch einmal gründlich auf den Prüfstand zu stellen.

Beweise sind trotz der Vorgehensweise der Staatssicherheit und dem Wissensstand von heute nicht ausgeschlossen.

*Lothar Tiedtke von Koß, Stralsund*

**Das Zitat:**
Wer einen Mord nachweist, der im staatlichen Auftrag verübt wurde, läuft Gefahr, selbst zum Opfer eines solchen zu werden.
*Aisatische Weisheit nach tsengo su*

# Diskriminierung ist viel weiter zu fassen, als bisher gemeint

*Das Fehlen von kompetenten Ämtern und Mitarbeiter*innen betrifft viele Bundesländer*

Behinderten-, Gleichstellungs-, Integrations- und eine/n Bürgerbeauftragte*r gibt es in Neubrandenburg. Eine Antidiskrimierungsbeauftragte*n findet man jedoch nicht. Dabei erleben etwa fünfzig Prozent aller Menschen in Deutschland erwiesenermaßen eine oder mehrere Diskriminierungen – egal welcher Art – im Laufe ihres Lebens, und diese treten in unterschiedlichen Formen auf. Die Folgen begleiten die Menschen häufig sehr lange und hinterlassen einen nachhaltigen Eindruck.

Stünde es der Stadt Neubrandenburg nicht gut zu Gesicht, wenn sie dafür sorgt, dass jede Form von Benachteiligung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen möglichst verhindert oder sanktioniert würde? Unser Grundgesetz schreibt im Artikel 3 eindeutig vor, dass niemand bevorzugt oder benachteiligt werden darf.

Die Praxis sieht meistens anders aus. Hier behaupten Poitiker*innen, egal welcher Couleur, die „DDR war kein Unrechtsstaat“. Somit wird behauptet, dass die Urteile der SED-Juristen kein Unrecht, sondern Recht waren und diskriminieren damit alle Menschen, die in dieser Diktatur politisch verurteilt wurden.

Ebenso unerträglich ist es, wenn wie in Neubrandenburg weiter Symbole der sozialistischen Ideologie „neu“ errichtet, restauriert oder konservatorisch erhalten werden. Hier die Denkmäler von Marx, … und die vielen Straßennamen von Funktionären der sozialistisch-kommunistischen Ideologie.

Weigert sich Neubrandenburg vor Straßenumbenennungen, weil sie als Verursacher dann die notwendigen Kosten zu tragen hätte? Das Kostenargument zählt offenbar mehr?

Dabei sind der Stadt Neubrandenburg, wohl die Diskriminierungen von politisch Verfolgten der SBZ-, DDR-Diktatur egal?

Diese Diskriminierungserfahrungen stellen nicht nur eine große emotionale Belastung dar, sondern sie haben auch einen nachhaltig wirkenden Effekt auf das gesellschaftliche und soziale Miteinander. Die Folgen sind vielfältig.

Diskriminierung ist aus diesem Grund sehr viel mehr als ein individuelles Problem; Diskriminierung verhindert die systematische gesellschaftliche Teilhabe und steht so den zentralen Prämissen von demokratischen Gemeinwesen entgegen, nach denen alle Menschen gleich an Würde, Rechten und Entfaltungsmöglichkeiten sind.

Eine Konzeption für eine wirksame und umfassende Antidiskriminierungsarbeit sucht man in Neubrandenburg, im Landkreis MSE (Mecklenburgische Seenplatte), im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, bislang immer noch vergebens. Das allein ist schon eine Diskriminierung, und diese wird fortgesetzt und vermutlich noch ausufernder und weitere Benachteiligungen nach sich ziehen, wenn man sich nicht damit auseinandersetzt und Maßnahmen ergreift.

*André Rohloff*

## Das ist Unglaublich

*Wie die Opfer mit dem Staub der Behörden erstickt werden*

Unendlich große Hürden für Rehabilitierung nach 32 Jahren, anstatt schneller Hilfe? Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, seit 1994 verfolge ich meine Rehabilitierung. Es ging durch alle Instanzen deutscher Gerichte bis zum Bundesverfassungsgericht. Dort wurde meine Verfassungsbeschwerde ohne Begründung nicht entgegengenommen. Das war 2017. Durch eine Änderung in den Rehabilitierungsgesetzen habe ich über die UOKG einen Rechtsanwalt vermittelt bekommen. Ich wurde aus politischen Gründen 1981/82 und 1984 in die DDR Haftpsychiatrie P 4 in Stralsund inhaftiert. Dort waren auch die Krankenunterlagen der Patienten eingelagert. Eine Anfrage beim Hanseklinikum in Stralsund bestätigte mir meine Einsichtnahme in die Krankenakte für die Rehabilitierung. Die Krankenakten wurden in der Zwischenzeit ins Landesarchiv Greifswald ausgelagert. Es kann nicht sein, dass die Akten nicht für die Rehabilitation zur Verfügung stehen, weil sie nicht gesichtet werden können, weil dazu kein Personal zur Verfügung steht, so jedenfalls das Landesarchiv Greifswald. Seit Monaten werde ich trotz wichtiger Patientenunterlagen für meine Rehabilitierung vom Archiv hingehalten.

Ich bin 63 Jahre mittlerweile. Dafür haben wir ehemaligen Opfer der DDR-Diktatur keinerlei Verständnis. Nach 32 Jahren trifft man also erneut auf künstlich aufgebaute Hürden, um DDR-Unrecht nicht zu rehabilitieren, indem Akten nach über 32 Jahren aus "Personalmangel" nicht an Opfer übergeben werden können?

*Lothar Tiedtke von Koß*
*(Foto: Internetseite des Autors)*

## Sehr hohe Spendenbereitschaft zum Jahreswechsel

*Mit diesem „Ansturm“ war nicht unmittelbar zu rechnen*

Hartmut Behle, Uwe Schmucker, Bernd Schnabelrauch, Jürgen Wendler, Fritz Schaarschmidt, Karl-Günter Wehling, Beate Rusch, Dr. Bernd Palm, Ilona Eser, Anneliese und Norbert Schachnowski, Dr. Georg Steinhagen, Karin und Hartmut Trapp, Hans-Joachim Markgraf, Hartmut Reich, Peter Klaußner, Horst Lindemuth, Dieter Quäck, Hans-Joachim Sorge, Friderun und Egon Seel, Bruno Niedzwetzki, Rotraut und Detlef von Dechend, Lutz Erler, Dr. Christian Tauschke, Martina und Uwe Schmidt-Rutkowski, Erdmute und Dr. Walter Weller, Hans Winkelmann, Dorothea Harder, Ingeborg Gericke, Ingrid und Michael Faber, Detlef Watzlaweck, Gotthilf Sternberg, Ursula Lindner, Eckhard Mensebach, Klaus-Peter Ruck, Rainer Günzel, Erika Northoff, Steffen Hebestreit, Ingolf Braungart, Gotthard Rammer, Josef Sigl, Herbert Thomas, Walter Schrader, Roland Steinbach, Friedrich Hübner, Benno Kny, Matthias Mädecke, Heinz-Jürgen Müller, Friedhelm Stage, Monika und Volkmar Christner, Heinz Thiele, Henry Sobora, Gabriele Reichel, Renate und Rolf Persich, Manfred Krafft, Jörg Petzold, Wolfgang Altmann, Roland Wünsche, Sieglinde Buchwald, Karl-Heinz Ossenkop, Christoph Becke, Reinhard Maier, Christoph Glaßer, Klaus Poch, Ingrid Arena, Eckehard Richter, Bernd Westphal, Roland Fiedler, Gabriele und Dr. Udo Heideklang, Manfred Schultz, Barbara und Harald Beständig, Christoph Melzer, Ingrid und Michael Faber, Verena Della-Bella, Klaus Feibig, Helmut Klötzner

Dank an alle, die in den finanziell undurchsichtigen Zeiten den Verband stützen und stärken.

*Bundesvorstand, Redakteur*

**Was wir (auch) nicht vergessen sollten**

## Das Knastlexikon

In dieser Reihe möchten wir Ihnen einige teils außergewöhnliche Ausdrücke / Begriffe erklären, die nur in der (DDR-)Haft geläufig waren und die man nicht vergessen sollte.

### Heute: Pennerträne

Den Begriff der P. haben Sie sicher schon einmal gehört. Möglichweise ist Ihnen die P. auch schon einmal bei der Begegnung mit einem menschlichen Subjekt sichtbar geworden, zumal vor dem Einsetzen der Covid-Pandemie das Tätowieren, neuerdings „Stechen von Tattoos“ genannt, in vielen Formen und Varianten in Mode gekommen war und längst nicht mehr einer Haft-Klientel oder den zünftigen Seeleuten vorbehalten blieb. Tattoos tragen heutigen tags sowohl Lehrer*innen wie auch Handwerker*innen oder z. B. Frisierende. Träger frischer Tattoos sind auch keineswegs nur junge Leute, wobei die weibliche Klientel einen ebenso hohen Anteil wie die männliche einnimmt.

Die P., um die es in diesem Fall geht, wird im Gesicht platziert, nämlich wie man sich denken wird, an der Stelle, wo denn im Falle eines Schmerzes oder eines freudigen Anlasses eine Träne nach Verlassen des Auges zuweilen innehält. Die P. ist in der Fläche blau oder rot und weist eine deutliche Umrandung auf. Vormals (in der DDR) galt sie als gewollte Einordnung in das Haftmilieu und war außerhalb des Strafvollzuges sichtbares Erkennungsmerkmal des genannten Standes. Zugleich war sie Ausdruck der Systemverweigerung, was häufig mit (DDR- Jargon) Asozialität einherging.

In der heutigen Zeit wird sie, wie die Tattoo-Form an sich, auch oder ausdrücklich, als Kunstwerk („Augentattoo)“ betrachtet, was sie in gewissen Schichten als gesellschaftsfähig erscheinen lässt.

Meine Empfehlung: Verzichten Sie darauf, die P. wird Ihnen nicht stehen. *Igor Gerd Lesnikow*

**Anm. d. Autors:** Gern nehmen wir Ihren/deinen Beitrag – auch ohne Namensnennung – in diese wichtige Rubrik auf.

# Wenn die Bodendenkmäler zerfallen und die Erinnerung schwindet

*Viele Fragen und zu wenig Antworten, wenn es um Neubrandenburgs Gedenkstätten geht*

In Neubrandenburg-Fünfeichen, dem ehemaligen Stalag (Stammlager für Kriegsgefangene des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg – d. Red.) und späteren NKWD-Lager existieren noch originale Überreste aus der Zeit, in denen hier Gefangene – sie waren unschuldig und von unterschiedlicher Nationalität – festgehalten wurden und vielfach zu Tode kamen. Die Natur wächst seit Jahren unaufhaltsam, sie lässt sich dabei nicht stören, sie verdeckt und zerstört, was ihr im Weg ist, somit verschwinden auch jene Zeugnisse, die durch ihre Authentizität für das Leid und Unrecht der einstigen Opfer sprechen.

Für das genannte Areal ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zuständig. Sie ist die Grundstückseigentümerin und somit verantwortlich für den Erhalt und die Pflege der Bodendenkmäler. Auch wenn die Bundeswehr und die BImA sich des Schutzstatus‘ und der Bedeutung der Bodendenkmäler bewusst sind, so ist deren fortgeschrittener Verfall nicht übersehbar.

Bedauerlich ist es zudem, dass sich die zuständigen Behörden auf Landes- und kommunaler Ebene kaum noch für den Erhalt einsetzen. Dabei ist die Eigentümerin laut Denkmalschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern § 6 Erhaltungspflicht (1) dazu angehalten. Es heißt dort: *Eigentümer, Besitzer und Unterhaltungspflichtige von Denkmalen sind verpflichtet, diese im Rahmen des Zumutbaren denkmalgerecht instand zu setzen, zu erhalten und pfleglich zu behandeln.* Festgelegt ist, wenn Eigentümer/innen diesem Paragrafen nicht nachkommen, so können sie dazu gezwungen werden. Doch wer zwingt eine Kommune oder den Bund, wenn nicht deren Bürgerinnen und Bürger?

Das Argument „Kasse leer“ gilt nicht, denn hier trägt der Bund die Verantwortung, und dort lässt sich im Bedarfsfall eigentlich immer Geld auftreiben. Für das betreffende Areal ist als Grundstückseigentümerin und somit Verantwortliche für den Erhalt und die Pflege der Bodendenkmäler zuständig. Für die Stadt Neubrandenburg wäre es hingegen eine Chance, die Denkmäler attraktiv und für Bildungszwecke nutzbar zu machen. Es gibt hier Orte, die von Verbrechen an der Menschheit in den unterschiedlichen Epochen der Vergangenheit zeugen. Die Stadt könnte mit diesen Gedenkstätten zu einem wichtigen Ort der europäischen Geschichtsaufarbeitung und somit ein Ort der Bildung und Bewahrung von Fakten werden. Es gibt sowohl die Originalstätten der faschistischen wie die der sowjetischen NKWD-Verbrechen und nicht zuletzt der DDR-sozialistischen Gewaltzentren, allen voran des Ministeriums für Staatssicherheit. Wann und wie entwickelt die Stadt jedoch hier ein Gedenkstättenkonzept?

In Neubrandenburg-Fünfeichen, gibt es auf dem Gelände des STALAG und des NKWD-Lagers noch original Überreste, die heute als Bodendenkmäler vermerkt sind. Solche Reste finden sich am Eingang des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers, am Eingangstor, am Standort Karzer, am Fundament Magazinbaracke, am Vorbau und Fundament Baracke N 3, am Wasserschacht vor Baracke N 4, in der Baracke N 10 (Nordlager), an bzw. in Baracke N 12, im Sanitärbereich von N 12; am Waschtrog, im Sanitärbereich N 14, bei den Waschtrögen im Sanitärbereich N2, bei den Waschtrögen Baracke N 24, als Reste der Mauer des Nordlagers, im Bereich der Lagerleitung, davor Frauenbaracken, bei der Nord- und Südküche, der Baracke S 1, in der Quarantänestation, bei der Sauna und in der Entlausungszone, am Eingang des Speziallagers Nr. 9, in den Barackentoilette N 13 und am Wasserschacht, im Toilettengebäude Nordlager, in den Frauenbaracken mit Sanitärbereich.

Welche Abstimmungsergebnisse es zwischen der Stadt Neubrandenburg und der Bundeswehr zur Erhaltung und Nutzung des denkmalgeschützten Geländes in Fünfeichen gibt, kann der Oberbürgermeister offenbar aus sicherheitstechnischen Gründen nicht benennen. So geht es zumindest aus dem Schreiben des OB vom 24. September 2017 hervor.

Wird auf diese durch den Autor dieses Beitrags als nachlässig empfundene Weise die Zwangsarbeit in Neubrandenburg / Burg Stargard verdrängt und vergessen?

Firmenbezogene Ausländerlager bestanden u. a. bei der Bahnmeisterei Neubrandenburg, dem Flugplatzkommando Trollenhagen, bei den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg (1943 waren es in etwa 2.640 ausländische Zwangsarbeitskräfte), der Elektrofirma Reinke und den Rinker Werken sowie ein betriebseigenes Fremd- und Zwangsarbeiterlager der Torpedoversuchsanstalt.

1943 und 1944 erfolgte die Einrichtung der größten Außenlager des KZ- Ravensbrück in Fünfeichen. Hier wurden zunächst 400, zuletzt 7.000 weibliche KZ- Häftlinge sowie 500 Kriegsgefangene zur Arbeit gezwungen.

Wo erinnert die Deutsche Bahn in Neubrandenburg an das von ihr zugelassene Unrecht? Wo erinnert die Stadt Neubrandenburg daran, dass Angehörige vom motorisierten Regiment und zwei Landesschützenbataillone (XII / II, ab 1949: 262) aus dem Kasernenkomplex am Mühlenholz (Panzerkaserne) zur Bewachung des dort befindlichen Kriegsgefangenenlagers eingesetzt wurden? Wo erinnert Neubrandenburg daran, dass die Torpedoversuchsanstalt an der Augusta-Straße im Wesentlichen in den Jahren 1941/42 durch Kriegsgefangene errichtet wurden?

An der Torpedoversuchsanstalt befand sich eine Forschungs- und Ausbildungsstätte der Kriegsmarine, wo ca. 400 Marine-Soldaten, Techniker und Zivilanagestellte beschäftigt waren. Die Torpedoversuchsanstalt wurde von der Marinewerft Kiel verantwortlich betrieben. Der Autor bat den Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg am 22. November 2016 um Eintragung dieser Orte und weiterer in die Denkmalliste der Stadt Neubrandenburg.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite

Am 11. Dezember 2017 teilte der Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg mit, dass die untere Denkmalschutzbehörde aufgrund personeller Ausstattung nicht in der Lage sei, hier tiefgründige (Archiv-)Recherchen durchzuführen und dass dem Autor empfohlen wird, hierzu die Fakten und Recherchen zur Historie zu unterlegen, damit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege eine beurteilungsfähige Grundlage über die Entscheidung bezüglich des Denkmalwertes übergeben werden kann. Kann diese Arbeit durch nicht ausgebildete Historiker – und letztlich auch noch auf Basis des Ehrenamts – erbracht werden, und entzieht sich so die Kommune fast scheinheilig ihrer Verantwortung? Auch so, indem man die Pflicht anderen zuschiebt, kann man sich des historischen Erbes des Waldbaulagers entledigen. Die Natur wird auf Dauer die verbliebenen Fragmente des einstigen Lagerkomplexes zerstören.

Mit der Schaffung eines Gedenkortes wären sicherlich ein großes Engagement, langfristige Verpflichtungen und letztlich auch nicht unerhebliche Kosten verbunden. Sollte jedoch unsere Verpflichtung gegenüber den Opfern der Diktaturen nicht wichtiger sein als ein Kostenargument? Wie lange will man in Neubrandenburg noch warten? Warum äußern sich Verwaltung und Stadtvertretung nicht?

Die Nazis erinnerten in ihrer Interpretation an den Ersten Weltkrieg und brachen den Zweiten Weltkrieg mit vom Zaun. Die Kommunisten erlebten die Nazidiktatur schmerzlich und errichteten eine weitere. Wie können wir aus der Geschichte lernen, wie macht uns der Gedächtnisverlust handlungsunfähig? Wird die Stadt Neubrandenburg in der Zukunft einer glaubhaften Erinnerungs- und Gedächtniskultur gerecht werden? Warum gab die Stadt Neubrandenburg nicht bekannt, dass es in der 28. Kalenderwoche des Jahres 2017 ein Treffen der Stadt Neubrandenburg, des Landkreis Mecklenburgische-Seenplatte, Vertretern des Denkmalschutzes und weiteren Interessente gegeben hat, um die Reste des Waldbaulagers zu sichern und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Warum wird dies erst offiziell durch eine kleine Anfrage im Landtag von M-V?

Wenn nicht bald reagiert wird, zerstört die Natur, die letzten Originalreste – die heute noch als Bodendenkmäler deklariert sind.

Einen Weiterentwicklungsansatz zur Gedenkstätte Fünfeichen gibt es durch die Bachelor-und Masterarbeit von Christin Dupke vom Sommer 2013. In der öffentlichen Wahrnehmung steht hier leider vieles hinter den aufgezeigten Möglichkeiten zurück. Das Gedenken in der Demokratie soll die Erinnerung an die Diktatur einschließen, es soll auch Opfergedenken sein. Es soll aber vor allem an die Gründung einer Ordnung der Freiheit erinnern.

Woran lag oder liegt es? Führte die Stasi nachträglich Sabotage durch, oder wird offensichtlich, dass die Verbände der SED-Opfer in die Bedeutungslosigkeit geführt wurden und die Opfer nicht aktiv genug vertreten werden? Können Überprüfungen der Abgeordneten in den Parlamenten, im öffentlichen Dienst und anderen Institutionen auf frühere Mitarbeit beim MfS nützen? Wer verhindert solche Überprüfungen? Das können nur Leute sein, die Entlarvungen befürchten müssen. Gerade deshalb müssen die Überprüfungen durchgesetzt werden.

Nach drei Jahrzehnten deutscher Einheit sind die Täterhaltungen nach dem Ende der DDR-Diktatur geradezu skandalös. Die Rechtfertigung, die Leugnung, die Verharmlosung ihrer Taten und der Verantwortlichkeit sind bis heute das, was die Einstellung dieser Leute ausmacht. Es gibt keine Einsicht und keine Bereitschaft, wenn schon nicht zur Schuld, so doch zum Bekenntnis der Wahrheit. Es ist schwer vorstellbar, dass gelebte Ideologien von heute auf morgen aus den Köpfen der Menschen verschwinden, nur weil es eine politische Veränderung gab; und gerade das ist der Alltag.

Daher muss Schluss sein mit dem demokratischen Despotismus und der Empathie für die Täter.

*André Rohloff*
*(partei- und konfessionslos)*

## HILFE ERBETEN: Wer hat eine Tätowierung aus DDR-Zeiten?

Liebes VOS-Team, mein Name ist Marcus Schäfer, ich bin Masterstudent der Public History an der FU Berlin. Derzeit arbeite ich an einem Zeitzeug*innen-Projekt zum bisher unzureichend untersuchten Thema des Tätowierens in der DDR, für das ich landesweit Interviewpartner*innen suche, die sich in der ehemaligen DDR Tätowierungen gestochen haben und/oder tätowiert wurden. Zwar gab es in der DDR keine Studios, doch wurde auch hier tätowiert. So wurde beispielsweise im Gefängnis und vielfach in Jugendhaftanstalten gestochen, nicht selten als Akt des Protestes gegen das Regime. Andererseits wurde mir berichtet, dass die Staatssicherheit nach militaristischen und faschistischen Motiven bei Tätowierungen von Häftlingen gefahndet und diese bei entdeckt Werden entfernt hat. Dies ist ein Teil meiner Recherche. Ich suche nicht nur Menschen, die sich in der Haft tätowieren ließen, sondern es geht generell um Personen, die in der DDR tätowiert haben oder wurden. Nun wollte ich fragen, ob Sie zu Personen kennen, auf die mein Anliegen zutrifft und die Sie mir vermitteln könnten. Vielleicht können Sie meinen Aufruf auch außerhalb der VOS verbreiten oder mir zu dem Thema weitere Informationen geben könnten. Bei den Interviews soll es vor allem um die Motivation gehen, die dazu führten, sich tätowieren zu lassen bzw. andere zu tätowieren. Auch sollen Fragen zu Selbstwahrnehmung und gesellschaftlicher Fremdwahrnehmung gestellt werden. Gerne würde ich auch Fotos von den Tätowierungen machen, falls sie noch vorhanden sind. Für Ihren Support (Unterstützung – d. Red.) wäre ich sehr dankbar sowie für Ihre wichtige Arbeit und Ihre Aufmerksamkeit.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Marcus Schäfer, E-Mail-Adresse:*
*marcus.schaefer@fu-berlin.de*

***Anm. d. Red.:*** In der Fg-Rubrik *Knastlexikon* wurden die Ausdrücke *hacken* (tätowieren) und *Pennerträne* (aktuelle Ausgabe) behandelt. Und natürlich: Das Foto von *Buchis* Spinne auf dem Handrücken als Fg-Klassiker.

# Die geschichtliche Wahrheit wird trotz Putins Muskelspiel bleiben

VOS-Sachsen und Bürgerkomitee Leipzig halten Mahnwache gegen Abschaffung von Memorial“

Am 11. November 2021 kam aus Moskau die Nachricht, dass die russische Menschenrechtsorganisation *Memorial* durch die Generalstaatsanwaltschaft Rußlands verboten werden soll.

Memorial wurde vor 30 Jahren gegründet und setzte sich für die Aufarbeitung der kommunistischen Geschichte und Verbrechen des russischen Geheimdienstes ein. Der sowjetische Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow gehörte zu den Gründern und den frühen Galonsfiguren dieser wichtigen Initiative.

Die Hauptaufgabe von Memorial bestand in der Aufklärung der sowjetischen Vergangenheit mit Schwerpunkten der Repressionen gegen Opfer, die in den GULAGs teils ohne Gerichtsurteil festgehalten, gepeinigt und zur Zwangsarbeit verdammt wurden. Es handelte sich dabei um Frauen und Männer, von denen nicht alle lebend in ihre Heimat zurückkehrten.

Memorial errichtete nach dem Zerfall der Sowjetunion Gedenkstätten, in denen Zeitzeugen mit Bildern, Berichten an die an die Verbrechen der kommunistischen Diktatur im GULAG erinnerten. Die Bevölkerung sollte davon Erfahren, was unter Diktator Stalin geschehen ist und was die Kommunisten innerhalb des menschenverachtenden Straflagersystems an Verbrechen begangen wurde.

Millionen Menschen, darunter auch viele Kameradinnen und Kameraden aus unserem Verband, haben hier gelitten und wurden bis zu sechs Jahren im GULAG ausgebeutet. Besonders grausame Erinnerungen verbinden sich mit der Zwangsarbeit unter Tage, dem gnadenlosen sibirschen Winter und der Niederschlagung des Aufstandes der völlig verzweifelten Häftlinge.

Wir als Vertreter der VOS haben deshalb mit dem Bürgerkomitee-Leipzig zu einer Mahnwache aufgerufen und gegen das Verbot von Memorial protestiert.

Dennoch wurde die Menschenrechtsorganisation am 28. Dezember 2021 durch den Präsidenten Russlands Wladimir Putin verboten. Wir haben uns daher in Berlin, Dresden und Leipzig für einen bundesweiten Protest gegen das Verbot eingesetzt.

Um es konkret zu beschreiben: Memorial war Wladimir Putin schon lange ein Dorn im Auge. Eine Organisation, die an die Verbrechen des berüchtigten sowjetischen Geheimdienstes KGB erinnert und ein ehemaliger Offizier des KGB als Präsident – das passt nicht zusammen. Memorial hält Erinnerungen an Stalins Terror wach, an die Verbrechen gegen das eigene Volk. Putin und sein Machtkreis, darunter weitere ehemalige Offiziere des KGB, wollen nicht, dass an die Verbrechen erinnert wird und Schuldige benannt werden. Mit der Tilgung der Verbrechen in der öffentlichen Wahrnehmung gehen die Verharmlosung und die Rehabilitierung der mörderischen Attacken des Diktators Stalin gegen Menschen des eigenen Volkes und das anderer Völker einher. Stalin, dessen Spuren sich bis heute durch Europa ziehen, ist inzwischen in Russland als heldenhafter Staatsmann in den Medien und Schulbüchern präsent. Auch dagegen richtet sich unser Protest. Durch den Gulag stalinistischer Prägung wurden die Existenzen von Millionen zerstört, Familien zerfielen, Kinder wurden zu Waisen gemacht.

→ *nächste Seite oben*

→ von voriger Seite

Unter Stalins Terrorherrschaft war es bereits seit Mitte der 1930er Jahre an der Tagesordnung, dass Menschen wegen kleinster Vergehen, aufgrund von Verdächtigungen oder Denunziationen oder einfach im Rahmen der krankhaften Willkürmaßnahem, die der Diktator aus Angst vor dem Verlust seiner Macht angeordnet hatte, durch die sowjetische Geheimpolizei abgeholt und hingerichtet wurden, ohne dass die Angehörigen etwas davon erfuhren. Gulag bedeutet im Russischen: Glavnoe Upravlenie Lagerej, es heißt übersetzt Hauptverwaltung der Arbeitslager (wie schon mehrfach in der Freiheitsglocke erklärt wurde und in breiter Ausführung im Internet nachgelesen werden kann), es war das sowjetische System der Konzentrations- und Arbeitslager, von dessen einstiger Existenz man inzwischen im heutigen Russland besser schon nicht mehr öffentlich redet.

Wer in der Stalin-Zeit unter die Räder des kommunistischen Massenterrors geriet und nicht liquidiert wurde, der verschwand meist für Jahre oder Jahrzehnte in einem dieser gefürchteten Straflager. Viele der Opfer kehrten nie zurück, und es gibt Schicksale, die bis heute nicht aufgeklärt sind, es gibt Betroffene, die bis an ihr Lebensende unter den Erinnerungen an die Haft litten. Verantwortlich gemacht oder gar vor Gericht gestellt wurde für diese Verbrechen niemand. So war die Sowjetunion, so ist Russland, und so kennen wir Putin, den Mann mit dem Stein in der Brust.

476 Lagerkomplexe mit Tausenden Einzellagern, in denen jeweils mehrere Tausend Menschen lebten, umfasste der Gulag in seiner größten Ausdehnung. Eine unvorstellbare Dimension.

Die amerikanische Journalistin und Gulag-Expertin Anne Applebaum hat in jahrelangen Recherchen ermittelt, dass von 1929 bis zu Stalins Tod 1953 18 Millionen Menschen in sowjetischen Zwangsarbeitslagern interniert waren.

Viereinhalb Millionen von ihnen starben an Unterernährung, an Erschöpfung, durch Erfrieren, an Krankheiten und an den Folgen drakonischer Strafen oder durch die Anwendung von Schusswaffen seitens der Lagerwachen. Erst der Tod des Diktators führte zur Auflösung des stalinistischen Gulags, doch es dauerte bis in die späte Gorbatschow-Ära, ehe die Aufarbeitung und die Herstellung einer zeitweiligen Transparenz begonnen wurde. Dies änderte sich jedoch mit der Rückkehr Russlands zur alten Hardliner-Politik unter Wladimir Putin. Daran wird sich vermutlich auch in den nächsten 14 Jahren nichts ändern, denn solange kann Putin laut Dekret weiter herrschen. Dass der russische Präsident dann nochmals eine Möglichkeit findet, seine Amtszeit zu verlängern, ist nicht auszuschließen. Von den Gulags wird bis dahin in Russland ohnehin kaum jemand noch etwas wissen.

*Frank-M. Nemetz, VOS Leipzig / Fg (Valerie Bosse) Ergänzungen*

**Foto Seite 4 oben**: Lageraufnahme Archiv Leipzig.

**Foto Seite 4 unten** von links : Christoph Wonneberger, Thilo Groß, Uwe Schwabe, Dietmar Hammer, Rainer Müller, Frank Körner, Helmut Jähnig, Tobias Hollitzer. – Beide Fotos © VOS Leipzig.

# Kalt und trostlos wie in jedem Januar: Links neben Mitte

*Lenin-Luxemburg-Liebknecht-Demo mobilisiert auch die SED-Opfer zum Gedenken*

Diesmal war es die Stiftung zur Aufarbeitung des SED-Unrechts, die bei den Medien Gehör fand, als es darum ging, für die Teilnahme an der Kranzniederlegung zu Ehren der Opfer der kommunistischen Gewalt zu werben. Natürlich wurde der Aufruf auch von den Mitgliedern der VOS befolgt, wiewohl der Bundesvorsitzende sein Erscheinen und die Niederlegung eines Gebindes ohnehin geplant hatte.

Seine Eindrücke fasste Kamerad Diederich am 9. Januar prompt in einer kurzen Rundmail zusammen: „Ich komme gerade von einer Demo zu Ehren von Karl und Rosa, Gedenktag der Linken auf dem Friedhof der Sozialisten in Friedrichsfelde. Dort haben wir am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus Kränze niedergelegt und mit weißen Rosen unserer Opfer gedacht. Frau Dr. Anna Kaminski von der Bundesstiftung Aufarbeitung war auch vor Ort und legte einen Kranz nieder. Dafür bedanken wir uns. Leider wurde seitens der Medien keines der anwesenden SED-Opfer insofern beachtet, als es darum ging, eine persönliche Erinnerung an die Machtära der Sozialisten, die heute um verfälschte Ikonen trauern, zu äußern.“

Festzustellen ist, dass die Kampfansagen an den demokratischen Staat, um die es in den Vorjahren gegangen ist, schwächer geworden sind, Gleiches gilt für die Zahl der teilnehmenden bekennenden Linken. Liegt es daran, dass die Enthusiasten müde, älter und einsichtiger werden? Gegen den Staat zu kämpfen ist mittlerweile „in“, vor allem gibt es neue Motive, die den Mitläufern wenig Geist und eigentlich keine konkrete Zielstellung abverlangen. Corona, Klima und Establishment sind Feindbilder, wo man sich beim Demonstrieren einfach einreihen und mit schreien muss. Da herrscht zudem Partystimmung, und die „Bullen“ kommen gegen einen derart gemischten Zug nicht mehr an. Man kann sie sogar unerkannt vermöbeln und beschimpfen.

Hört also heutigen tags noch jemand auf die Linken-Politiker, wenn sie mehr Ehrlichkeit, Offenheit und Demokratie seitens der Regierung anmahnen? Die Tendenz geht eher zum Nein. Die alten Haudegen ziehen es inzwischen ohnehin vor, lieber in den warmen Fernsehstudios ihre üblichen Parolen abzuliefern als sich auf dem kalten Gedenkplatz vorwärtsschieben zu lassen. Man kommt allmählich in die Jahre. Auch was die Argumente angeht. *Igor Gerd Lesnikow*

# Ein Vorschlag, der bei Gelingen alles verändern und verbessern würde

*Forderung nach spürbar höherer Opferrente im Brief an Opferrente detailliert dargelegt*

**Auf Seite 1 dieser Ausgabe ist bereits begründet, warum wir Haftopfer für eine Erhöhung der Besonderen Zuwendung auf 800 Euro plädieren. Nachfolgend ist die Idee ähnlich lautend in einem Brief an die Opferbeauftragte festgehalten. Wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, durch eine Einzelmeinung oder die Schilderung Ihres Haftschicksals zum Gelingen der Initiative beitragen wollen, so reichen Sie Ihr Schreiben zwecks Weiterleitung an die Bundesgeschäftsstelle der VOS ein. Dort wird es gesammelt und an Frau Zupke weitergegeben.**

Sehr geehrte Frau Zupke,
seit einem halben Jahr sind Sie als Bundesbeauftragte für die Angelegenheiten der Opfer der SED-Diktatur im Amt. Wir als eben diese Opfer, die Sie nun offiziell vertreten, sind erleichtert, dass mit der Schaffung des Amtes, das Sie einnehmen, eine direkte Ansprechpartnerin aufgestellt wurde, die unsere Interessen vertritt und unsere keineswegs erloschene Stimme besser hörbar machen kann. Aus diesem Grund wende ich mich gemeinsam mit dem Bundesvorstand der Vereinigung der Opfer des Stalinismus sowie im Interesse unserer Verbandsmitglieder und aller ehemaligen politischen Häftlinge mit einem konkreten Anliegen an Sie. Es geht um die Besondere Zuwendung, genannt Opferrente, die wir – unter gesetzlich festgelegten Voraussetzungen – seit 2011 erhalten, wobei ich hier sowohl auf deren Höhe und die Anspruchsberechtigung abziele.

Ich möchte mit dem Anliegen beginnen, das im Interesse der Opfer den größten Platz einnimmt und zeitlich von höchster Dringlichkeit ist. Es betrifft die Höhe der monatlichen Zahlungen. Sicher ist Ihnen der jetzige Stand (330 Euro pro Monat) bekannt, ebenso dürften Sie über die keineswegs verbindlichen Anmerkungen der Abgeordneten des deutschen Bundestages informiert sein. In Absprache mit den Betroffenen möchte ich hiermit eine einmalige Steigerung der monatlichen Zahlungen auf 800 Euro vorschlagen. Dies mag auf den ersten Blick vermessen und unrealistisch, vielleicht unverschämt aussehen, es wäre jedoch mit dem langfristigen Verzicht auf künftige Erhöhungen verbunden. Zugleich würden wir als Betroffene anbieten, die Beantragung von Ausgleichsleistungen für in der Haft erlittene gesundheitliche Schädigungen nur noch in eindeutigen und schwerwiegenden Fällen zuzulassen. Die Anerkennung solcher Schäden wurde zwar Ihrerseits als verbesserungswürdig eingestuft, doch hat die Erfahrung gezeigt, dass angemessene, dem Bedarf entsprechende Gutachten sehr schwer auf den Weg zu bringen sind. Die Gutachter sind überlastet, und sie haben nicht genügend Kenntnisse von der Entstehung von Haftschäden. Dies trifft vor allem auf das Personal in den Alten Bundesländern zu, was Ihnen die Betroffenen bestätigen können. Ebenso unzureichend ist das Niveau bei den Behörden. Die Antragsteller sind allein durch den Verwaltungswirrwarr und die Bearbeitungsfristen kaum noch handlungsfähig. Zudem wären lange Behandlungstermine erforderlich, um die psychische Schädigung des einzelnen Häftlings zu definieren. Ehemalige politische Häftlinge sind wegen des hohen Stressfaktors oft nicht in der Lage, im Gutachtergespräch ihre Leiden glaubhaft darzustellen.

Ein weiteres Argument leitet sich aus der Zwangsarbeit in der Haft ab. Im Strafvollzug der DDR war Arbeiten Pflicht. Die Häftlinge waren unter schweren Bedingungen und mit minimaler Bezahlung in Betriebsteilen von Kombinaten oder VEB eingesetzt. Vor einigen Jahren wurde sogar ein Fall bekannt, in dem Blutspenden von Häftlingen gegen Devisen in die Bundesrepublik exportiert wurden. Die Betriebe, in denen Zwangsarbeit geleistet werden musste, haben dem Ministerium des Innern, dem der Strafvollzug unterstand, Löhne oder Gehälter gezahlt, die sich an den Richtlinien des DDR-Lohnsystems orientiert haben und die viel zu niedrig waren. Dass die hergestellten Erzeugnisse anschließend zu Devisen auch in das NSW exportiert wurden, kam daher dem Staat zugute, der die Einnahmen für sich verbuchte. Aufgrund dieser Verfahrensweise ist die Bundesrepublik, in der die DDR aufgegangen ist, zur Wiedergutmachung verpflichtet. Dies alles könnte durch eine deutlich höhere Opferrente abgegolten werden.

Weiterhin: Es ist sicher gutgemeint, dass es Härtefallfonds und Stiftungen gibt. Leider müssen für deren Inanspruchnahme immer wieder Anträge gestellt und private Verhältnisse offengelegt werden. Das ist unangenehm und allmählich nicht mehr für jeden zu bewältigen. Besser wäre es, die 90-Tage-Regelung abzuschaffen und auch Fälle von Auslandsverhaftungen oder schwere Verfolgungsfälle ohne Haft zu prüfen und die hier Betroffenen in die Opferrente einzubeziehen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir in unseren Reihen Opfer haben, die durch die vorgenannten Umstände keine Zuwendung bekommen, dennoch (wenn auch unter 90 Tagen) inhaftiert oder ohne Haft schweren Zersetzungsmaßnahmen ausgesetzt waren. Auch dies hat zu schweren psychischen Schäden geführt und ganze Lebensläufe komplett zerstört. Bitte geben Sie dem Bundesvorsitzenden Gelegenheit, Ihnen diese Fälle im Einzelnen vorzutragen. Und bitte bedenken Sie, dass in jedem Monat allein in der VOS fünf bis zehn Opfer sterben. Der finanzielle Aufwand für die Opferrente nimmt allein aus dieser traurigen Tatsache heraus immer weiter ab. Er könnte sicherlich den noch Lebenden zugutekommen.

Sehr geehrte Frau Zupke, die Tür unserer Bundesgeschäftsstelle steht jederzeit für Sie offen. Bitte lassen Sie uns reden. Wir als VOS haben lange dafür gekämpft, dass wir eine Opferbeauftragte bekommen konnten, wir sind bereit, Sie in allem, was Sie (für und mit uns) tun, bedingungslos zu unterstützen.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Alexander Richter-Kariger,*
*Redakteur der Freiheitsglocke*
*H. Diederich, Bundesvorsitzender*

# Jede authentische Erzählung ist ein Beitrag zur Geschichte

*Betrachtungen zu einem Buch, das es noch gar nicht gibt, das aber einen Verlag sucht*

Bernd Lippmann über Dieter Dreschers Erzählung *Eisige Zone* und die Suche nach einem Verlag.

---

Als der Autor (Dieter Drescher), bis dahin unbescholtener DDR-Bewohner, im Juni 1974 gemeinsam mit seiner Frau wegen Vorbereitungen zur Flucht in den Westen festgenommen wird, ahnt er noch nicht, dass er sich innerhalb weniger Monate in einen „extremen Staatsfeind“ verwandelt. Jedenfalls in den Augen des berüchtigten Ministeriums für Staatssicherheit. Die von Paranoia getriebene Geheimpolizei konstruiert aus dem Versuch, den Staat zu verlassen, ein schweres Verbrechen, welches das friedliebende Gemeinwesen namens DDR zum Umsturz führen könnte. Die Strafen gegen die Eheleute sind drastisch; die beiden minderjährigen Kinder werden in ein Kinderheim entführt, ihnen droht Zwangsadoption.

Davon berichtet Drescher in einem fesselnden Buch, das es bisher leider nur als Manuskript gibt. *EISIGE ZONE* soll es heißen, und es ist eine Tour de Force durch ein Leben in zwei Diktaturen, die weit über das hinausgeht, was man normalerweise persönliche Erinnerungen nennt. Der Autor entwickelt vielmehr aus einer Fülle beobachteter Ereignisse, Dinge und Personen das Gesellschaftsbild einer Familie, das bis zum Tag seiner Geburt zurückreicht.

Am Anfang steht in einem ersten Handlungsstrang die Verhaftung des Autors und seiner Frau sowie – man weigert sich, das zu glauben – die brüske Wegnahme der zwei- und vierjährigen Kinder, die in ein mentales Nichts gestürzt werden. Ein Psychoterror, der über Wochen betrieben wird, ehe den Großeltern kurzfristig zu ihnen Zugang gewährt wird.

Ist das schon erschütternd genug, so lastet für die Eheleute die Ungewissheit über den Verbleib und das Schicksal der Kinder wie ein bleierner Schatten über der Haftzeit. Diese wird sich viele Jahre hinziehen. Es ist die kaltblütige Rache des Staates an Menschen, die sich nicht haben verbiegen lassen und auch in der Haft anständig bleiben.

Die Wirrnisse, Verirrungen, auch Niederlagen in der Haftzeit zu verfolgen, gehört zu den Glanzstücken der Geschichtensammlung, wie der Rezensent aus eigener Anschauung zu gleicher Zeit bestätigen kann. Da kann es auch mal surreal, komisch und schwejk-haft verschwörerisch zugehen. Unterhaltsam bleibt das immer, und man ertappt sich dabei, schnell zur nächsten Story weiterblättern zu wollen, die zumeist in sich abgeschlossen ist.

Lange „strapaziert“ der Autor die Nerven des Lesers, bis er die spannende Geschichte der „Rettung“ der Kinder ansteuert. Und die hat es in sich. Denn sie entpuppt sich als Serie von Lügen, Tricks und Täuschungen der Mielke-Büttel. Mit dem Ziel, die gegebene Zusicherung zu hintertreiben, die inzwischen in Ostberlin bei Pflegeeltern verbliebenen Kinder innerhalb von sechs Wochen an die nach Freikauf Mitte 1976 im Westen lebenden Eltern zu übergeben. Es tut weh, lesen zu müssen, mit welchen perfiden Methoden die eigentlich unbeteiligten Pflegeeltern, deren Familie und die Kleinsten über weitere Monate terrorisiert werden. Selbst als Übergabeort und -termin im Januar 1977 offiziell vereinbart sind, erweist sich das als Falle. Keine Versprechung wird eingehalten. Dieter Drescher reagiert spontan.

Reichlich Thrillerstoff bietet sich auch im zweiten Handlungsstrang. Er enthält Geschichten, die an der Biografie des Autors orientiert sind. Mehr als insgesamt einhundert Erzählungen entfalten sich zu einem Panorama voller abenteuerlicher, trauriger, heiterer, bizarrer, banaler, tragischer, sentimentaler, rätselhafter und chaotischer Situationen.

Die Handlungsstränge sind ineinander verschränkt – sicher ein Experiment, das gewöhnungsbedürftig ist. Doch immerhin bilden sich immer neue Spannungsbögen, die Lust auf Weiterlesen machen. Es fehlt eigentlich nur noch ein seriöser Verlag, der dieses Lese- Angebot umzusetzen gewillt ist.

*Bernd Lippmann*

## Wir trauern um

| | |
|---|---|
| **Fritz Richter** | **Bezirksgruppe Sondershausen** |
| **Rolf-Dieter Weske** | **Bezirksgruppe Magdeburg** |
| **Johannes Kirsch** | **Bezirksgruppe Chemnitz** |
| **Ilse Gratz** | **Bezirksgruppe Suhl** |
| **Rainer Buchwald** | **Bezirksgruppe Berlin** |
| **Karin Janke-Fritzsche** | **Bezirksgruppe Leipzig** |
| **Erwin Duschnat** | **Bezirksgruppe Rhein-Ruhr** |
| **Hans Bayer** | **Bezirksgruppe Leipzig** |
| **Wigand Dannemann** | **Bezirksgruppe Westprignitz** |
| **Karl-Heinz Hammer** | **Bezirksgruppe Arnstadt-Gotha** |
| **Werner Kötteritzsch** | **Bezirksgruppe Arnstadt-Gotha** |

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

# Die „Seelenarbeit des MfS hieß Zersetzung

Was ist „Zersetzung“ durch die Staatsicherheit der DDR im Vergleich zu anderen Repressionsstrategien? Wie hat sich Zersetzung auf das Fühlen und Erleben derjenigen ausgewirkt, die im Mittelpunkt dieser Angriffe standen? Welche Unterschiede lassen sich in der Wahrnehmung derjenigen, die von Zersetzung betroffen waren und den Beobachtungen und Zielen der Stasi feststellen? Dies ist ein Gebiet, das demnächst noch genauer untersucht werden soll. Es geschieht im Rahmen des BMBF-Forschungsprojekts „Seelenarbeit im Sozialismus – Psychologie unter politischem Diktat und Justiz“. In Betracht gezogen werden Personen, die „Zersetzung“, also einen systematischen Angriff auf verschiedene Lebensbereiche durch die Stasi, erlebt haben. Meist lässt sich hierzu Einiges aus den Akten der BStU rekonstruieren und im Rückblick bewerten.

## Z e r s e t z u n g

*Eine kurze, zusammengefasste Reflexion*

Zersetzung ist das, was viele von uns erlebt haben. Häufige Erscheinungsformen waren im zivilen Leben die vorsätzliche Beschädigung von Autos (Wasser in den Tank, platte Reifen, defekte Bremsen), heimliche Wohnungseinbrüche (Fotos, Zustandsbeschreibungen), Postkontrollen, Denunziationen auf der Arbeit, Abhöranlagen, Bespitzelungen bis ins Eheleben und weitere unvorstellbare, gegen jedes Menschenrecht verstoßende Methoden. In der Haft kamen Erpressungen, Bedrohungen, Isolation oder stille Folter durch häufige Lichtkontrollen oder manipulierte Essensrationen hinzu. Ungeklärt bzw. unbewiesen ist die Behauptung, seitens des Ministeriums für Staatssicherheit wurden von außerhalb der Zellen radioaktive Bestrahlungen gegen die Häftlinge eingesetzt. Wenn es an dem gewesen ist, dürfte sich das Organ der Tragweite dieser hinterhältigen Methode bewusst gewesen sein, und somit wurden alle Anlagen und Dokumente penibel beseitigt. Aus der Erinnerung von politischen Häftlingen geht hervor, dass Zellenbelegungen mitunter im Abstand von anderen Zellen erfolgten, so dass durchaus Radioaktivität angewandt werden konnte. Unübersehbar ist die Tatsache, dass besonders unliebsame Staatsfeinde nach der Übersiedlung oder auch nach dem Mauerfall an schweren Erkrankungen zu leiden hatten und ihr Leben einbüßten. Einer der unaufgeklärten Fälle ist der Tod von Jürgen Fuchs, der unheilbar erkrankte und viel zu früh sein Leben verlor. Auch in der VOS gab es hinreichend Kameraden, die plötzlich erkrankten und aus dem Leben schieden.

Die psychische Belastung durch „alltägliche“ Zersetzungsmaßnahmen ist das eigentliche Thema. Es ist wichtig, persönliche Erfahrungen und Erlebnisse weiterzugeben, sie zu sammeln und wissenschaftlich auszuwerten. Die Zahl der Zeitzeugen verringert sich zusehends. Wer noch in der Lage ist, wer nüchtern denken und sich erinnern kann, der sollte dies tun und sein Wissen zur Verfügung stellen. *ARK*

**VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)**
**Uhlandstraße 120, 10 170 Berlin**

**PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666**

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

**Bundesgeschäftsstelle der VOS**
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80** und **030 – 2655 23 81**
**Fax: 030 - 2655 23 82**
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
**IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01**
**BIC: PBNK DEFF**

**Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:**
**Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82**
**Mail: lv-berlin@vos-ev.de**
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redakton@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

**Jahresbeiträge:**

| | |
|---|---|
| – **einheitlich für alle Mitglieder** | 45,00 € |
| – Ehepartner (ohne Freiheitsglocke) | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder | 2,60 € |
| – Abonnement der Freiheitsglocke | 24,00 € |

**Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!**

**Internetseiten der VOS** www.vos-ev.de
Fg-Nummer 833/ 834 erscheint März/ April. 2022
Redaktionsschluss der FG 831/832 am 20. Jan. 2022